

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Elisabeth Grewenig, Franziska Kugler und Katharina Werner\*

# Fürchten sich die Deutschen vor der Digitalisierung?

## Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2017

Die Digitalisierung verändert und prägt unsere Arbeits- und Lebenswelt zunehmend. Löst dieser Trend bei den Deutschen eher Zuversicht oder Ängste aus? Wie sollte das Bildungssystem ihrer Meinung nach auf die digitalen Veränderungen vorbereiten? Und welche anderen Trends sind in den bildungspolitischen Meinungen der deutschen Bevölkerung zu erkennen? Diesen Fragen widmet sich das ifo Bildungsbarometer 2017, unsere jährliche repräsentative Meinungsumfrage von über 4 000 erwachsenen Personen in Deutschland. In Sachen Digitalisierung zeigen sich die Deutschen überraschend zuversichtlich: 54% sehen sich selbst eher als Gewinner der Digitalisierung, nur 16% sehen sich eher als Verlierer. Eine relative Mehrheit ist auch der Meinung, dass es durch die Digitalisierung insgesamt mehr Gewinner als Verlierer gibt und dass sie eher nicht zu größerer Ungleichheit im deutschen Bildungssystem führen wird. Die Einschätzung, wie viel Unterrichtszeit am Computer verbracht werden sollte, ist in den letzten zwei Jahren gestiegen. Deutliche Mehrheiten gibt es dafür, dass der Bund alle Schulen mit Breitbandinternet und WLAN und alle SchülerInnen mit Computern ausstattet. Auch sind die Deutschen mehrheitlich der Meinung, dass die Schulen digitale Kommunikationswege nutzen sollten, um Eltern und SchülerInnen über Tests und Prüfungsergebnisse zu informieren, und dass schon die Grundschulen Digital- und Medienkompetenzen vermitteln sollten. Kritischer sind die Deutschen hingegen bei der Vermittlung von Digitalkompetenzen im Kindergarten und bei der Nutzung von Smartphones im Unterricht. Ein zweiter Schwerpunkt des diesjährigen ifo Bildungsbarometers liegt darin, wie sich die Meinung der Deutschen zu bildungspolitischen Themen seit der ersten Befragung 2014 verändert hat. Ansteigende Trends zeigen sich etwa bei der Zustimmung zu höheren Bildungsausgaben und zu deutschlandweiten Abschlussprüfungen. Die Bewertung der Schulen hat sich hingegen im Vergleich zu den Vorjahren etwas verschlechtert. Insgesamt erweisen sich die Meinungen der Deutschen zur Bildungspolitik in den vergangenen vier Jahren aber als erstaunlich stabil.

Das ifo Bildungsbarometer geht in diesem Jahr zum vierten Mal der Frage nach, was die Deutschen über Bildungspolitik denken. Neben der Digitalisierung deckt die Spannweite der behandelten Themen wieder den gesamten Bildungsverlauf ab, darunter die Kindergartenpflicht, die Höhe der Gehälter von Erzie-

herInnen, Ganztagschulen, G8, Inklusion, zweijährige Ausbildungsberufe, Studiengebühren, die Finanzierung der Weiterbildung und Bildungsaspiration. Da in der diesjährigen Befragung einige Fragen aus den Vorjahren wortgleich wiederholt wurden, ist es möglich, Meinungstrends in der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen Bildungsthemen über den Zeitraum 2014 bis 2017 darzustellen.

Das Erkenntnisinteresse des ifo Bildungsbarometers ist dabei nicht normativ, sondern positiv: Es wird nicht untersucht, wie Bildungspolitik bestmöglich gestaltet werden sollte, um das Bildungssystem zu verbessern. Vielmehr geht es darum aufzuzeigen, welche Meinungen die Deutschen haben und in welchen Bereichen und unter welchen Umständen sich politische Mehrheiten für oder gegen Bildungsreformen finden.

\* Der Artikel ist im Rahmen des im ifo Zentrum für Bildungsökonomik bearbeiteten Projekts »Die politische Ökonomie der Bildungspolitik: Erkenntnisse aus einer Meinungsumfrage« entstanden. Wir danken der Leibniz-Gemeinschaft für die finanzielle Unterstützung im Leibniz-Wettbewerb (SAW-2014-ifo-2), der Deutschen Forschungsgemeinschaft für weitere Unterstützung im Rahmen des Sonderforschungsbereichs Transregio 190, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des Projekts – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Kerstin Martens, Beatrice Rammstedt und Stefan Wolter –, Natalja Menold und den KollegInnen im ifo Zentrum für Bildungsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen sowie Sabine Geiss von Kantar Public für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

## Kasten 1

**Methodik der Befragung**

Die Befragung für das vierte ifo Bildungsbarometer wurde vom 28. April bis 11. Juni 2017 durch Kantar Public Deutschland (zuvor TNS Infratest Sozialforschung) unter insgesamt 4 078 Personen durchgeführt. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte in zwei Teilen: Der Teil der Bevölkerung, der das Internet nutzt (83%), wurde mit Hilfe eines Online-Fragebogens in einem Online-Panel befragt. Der Teil der Bevölkerung, der das Internet weder beruflich noch privat nutzt (17%), wurde im Rahmen einer persönlichen Befragung in der Wohnung der Befragten gebeten, den Fragebogen auf einem zur Verfügung gestellten Gerät elektronisch – auf Wunsch mit Unterstützung des Interviewers – auszufüllen. Um die Repräsentativität der Ergebnisse für die deutsche Bevölkerung sicherzustellen, wurden die Beobachtungen entsprechend gewichtet. Die Gewichtung erfolgte anhand der amtlichen Statistik nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss, Gemeindegrößenklasse und Befragungsart (online oder offline).

Eine methodische Besonderheit der Befragung besteht darin, dass die Befragten bei einigen Fragen per Zufall auf zwei bis vier unterschiedliche Teilgruppen aufgeteilt wurden. Diese Teilgruppen erhielten die Frage dann jeweils in einer anderen Version, z.B. mit und ohne Bereitstellung bestimmter Informationen.

Wie sicher von den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung geschlossen werden kann, lässt sich anhand von statistischen Wahrscheinlichkeiten angeben. Da der Stichprobenumfang in der vorliegenden Studie vergleichsweise groß ist, liegt der Fehlerbereich für Fragen, die der Grundstichprobe von über 4 000 Befragten gestellt wurden, nur zwischen 1 und 1,5 Prozentpunkten. Das heißt, wenn z.B. 50% der Befragten einer Frage zustimmen, liegt der wahre Wert der Zustimmung in der Gesamtbevölkerung mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 48,5% und 51,5%. Bei der Betrachtung von Teilgruppen mit geringeren Fallzahlen ist der Fehlerbereich etwas größer – beispielsweise 2–3 Prozentpunkte bei Fragen, die von einer zufälligen Teilgruppe von gut 1 000 Befragten beantwortet werden.

Um die Langlebigkeit von Informationseffekten zu untersuchen, wurden 2 358 TeilnehmerInnen der Online-Stichprobe zu einem späteren Zeitpunkt wieder befragt. Dazu haben wir am Ende der Hauptbefragung die Wiederbefragungsbereitschaft abgefragt und jene Befragte, die mit einer erneuten Kontaktierung einverstanden waren (93%), zur Wiederbefragung eingeladen. Die Wiederbefragung fand zwischen fünf und 41 Tagen nach der Hauptbefragung statt (Median: zwölf Tage). Die Wiederbefragung beinhaltete zehn Fragen der Hauptbefragung, wobei ausschließlich die Fragenversionen ohne neuerliche Informationsbereitstellung verwendet wurden (vgl. Kasten 3).

Personen, die zu einer Frage keine Angabe machen, werden in der vorliegenden Auswertung nicht berücksichtigt. Der Anteil der Personen ohne Angabe ist bei allen Meinungsfragen des ifo Bildungsbarometers sehr gering. Im Durchschnitt liegt er unter 1%, und bei keiner einzigen Frage übersteigt er 1,5%.

Um die Ergebnisse übersichtlich zu präsentieren, sind in den Abbildungen bei Zustimmungsfragen die Antwortkategorien in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen«, »eher dagegen« und »sehr dagegen« aufgeführt. Die neutrale Kategorie »weder dafür noch dagegen« wurde im Fragebogen jedoch als letzte Antwortmöglichkeit der Liste präsentiert (vgl. Wößmann et al. 2016a für eine Analyse der Effekte der Positionierung der neutralen Kategorie auf das Antwortverhalten).

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte berichtet, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Aufgrund der Rundungen kann die Summe der berichteten Prozentanteile von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten gerundeten Werte abweichen.

Die Ergebnisse zeigen also Bereiche auf, in denen politische Reformen auf öffentliche Akzeptanz treffen und somit leichter umsetzbar sein dürften.

**DAS IFO BILDUNGSBAROMETER 2017**

Das ifo Bildungsbarometer ist eine jährliche, repräsentative Meinungsumfrage unter der deutschen erwachsenen Bevölkerung zu bildungspolitischen Themen und wird seit 2014 erhoben.<sup>1</sup> Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse des vierten ifo Bildungsbarometers,

das zwischen Ende April und Anfang Juni 2017 mehr als 4 000 Personen befragt hat, präsentiert. Die Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren (vgl. Kasten 1 für methodische Details). Das ifo Bildungsbarometer ist Teil eines Forschungsprojekts zur politischen Ökonomie der Bildungspolitik, das untersucht, inwieweit das Zusammenspiel politischer Kräfte mit öffentlicher Meinung zu Diskrepanzen zwischen politischem Bewusstsein und tatsächlichem Handeln im Bildungsbereich führt.

Das ifo Bildungsbarometer weist an einigen Stellen die methodische Besonderheit von sogenannten »Survey-Experimenten« auf, um Einflussfaktoren der öffentlichen Meinung zu untersuchen. Dazu werden bei

<sup>1</sup> Die Ergebnisse der bisherigen ifo Bildungsbarometer finden Sie in Wößmann et al. (2014; 2015; 2016a; 2016b) sowie unter [www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer](http://www.ifo.de/ifo-bildungsbarometer).

einigen Fragen jeweils einem zufällig ausgewählten Teil der Befragten bestimmte Informationen zur Verfügung gestellt, bevor sie dieselbe Frage beantworten wie der andere Teil, der keine Informationen erhalten hat. Aufgrund der zufälligen Aufteilung der Befragten lassen sich durch den Vergleich der Meinungen mit und ohne Information Aussagen darüber machen, ob und wie die bereitgestellte Information das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zur jeweiligen Frage beeinflusst. Diese Experimente liefern einerseits wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn, andererseits können sie auch der Politik aufzeigen, welche Informationen der Wählerschaft möglicherweise bereitgestellt werden könnten, um die öffentliche Akzeptanz von Reformvorschlägen zu erhöhen.

In diesem Jahr besteht besonderes Interesse an zwei Forschungsgegenständen. Erstens setzt das ifo Bildungsbarometer 2017 einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Meinung der deutschen Bevölkerung zur Digitalisierung im Bildungsbereich. Diesem Thema widmet sich ein eigener Fragenblock zu Beginn der Umfrage. Darin wird unter anderem erfragt, ob die Deutschen die Digitalisierung eher als Chance oder als Herausforderung wahrnehmen, was sie vom Einsatz verschiedener digitaler Technologien im Bildungssystem halten und wie die digitale Kompetenzvermittlung organisiert werden sollte.

Zweitens untersucht das diesjährige Bildungsbarometer, wie sich die öffentliche Meinung über die Zeit verändert hat. Dazu wurde eine Reihe von Fragen aus den vorangegangenen Befragungen wiederholt, um Meinungstrends seit der ersten Befragung 2014 abzubilden (vgl. Kasten 2). Darüber hinaus wurde ein großer Teil der TeilnehmerInnen der diesjährigen Befragung nach etwa zwei Wochen ein zweites Mal befragt, um die Langlebigkeit von Informationseffekten auf das öffentliche Meinungsbild zu untersuchen (vgl. Kasten 3).

## DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung hat zahlreiche Lebensbereiche grundlegend verändert. Längst gehören E-Mails, Online-Bestellplattformen oder Selbstbedienungskassen zu unserem Alltag. Digitalisierung geht jedoch deutlich weiter und ist aus Kommunikation, Fertigungsprozessen in Unternehmen, Partnersuche und vielen anderen Lebensbereichen nicht mehr wegzudenken. Selbstfahrende Autos, Smart Homes, virtuelle Realitäten und künstliche Intelligenz sind keine reinen Zukunftsvisionen mehr.

Das Bildungssystem kann den Umgang mit diesen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen wesentlich prägen (vgl. Aktionsrat Bildung 2017). Zum einen ist es selbst von Digitalisierung betroffen. Die Digitalisierung bietet eine Vielzahl neuer Lern- und Lehrmethoden und löst so einen Wandel in den bestehenden Bildungsprozessen aus. So kann etwa der Einsatz von digitalen Geräten und Medien die Unterrichtsgestaltung grundlegend verändern. Zum anderen

müssen Schulen und andere Bildungseinrichtungen die nächste Generation auf eine digitale Arbeits- und Lebenswelt vorbereiten. Das Spektrum reicht dabei von der Vermittlung von Informationstechnik (IT)-Kompetenzen wie etwa dem Programmieren bis hin zum Aufzeigen von Chancen und Risiken, die Kommunikationsplattformen oder neue Medien mit sich bringen.

Insgesamt stellt die Digitalisierung die Politik somit vor eine Vielzahl neuer bildungspolitischer Herausforderungen. Um diesen zu begegnen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF 2016a) Ende letzten Jahres eine »Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft« verabschiedet. Unter anderem soll im Rahmen des sogenannten »Digital-Pakt#D« mit den Ländern der Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen durch Investitionen von 5 Mrd. Euro in den kommenden fünf Jahren vorangetrieben und eine entsprechende Fort- und Weiterbildung des Lehrpersonals gewährleistet werden.

Während es vielseitige Bestrebungen zur Digitalisierung des Bildungssystems gibt, ist bislang kaum bekannt, welche Meinung die deutsche Bevölkerung zu den verschiedenen Vorschlägen zur Digitalisierung hat. Deshalb haben wir im ifo Bildungsbarometer 2017 einen Schwerpunkt darauf gelegt, ein umfangreiches Meinungsbild der Deutschen zur Digitalisierung im Bildungsbereich zu zeichnen. Dabei verwenden wir eine pragmatische Begriffsdefinition: Die Befragten wurden gebeten, bei Digitalisierung an die zunehmende Verbreitung von digitalen Geräten, wie z.B. Computer, Tablets, Smartphones oder Roboter, und die damit verbundene Vernetzung in Privatleben und Arbeitswelt zu denken.

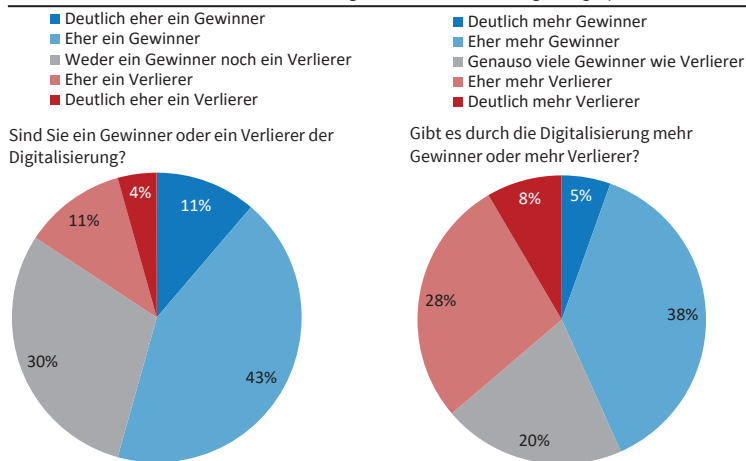
### Haben die Deutschen Angst vor der Digitalisierung?

Immer wieder rückt der digitale Wandel in den Fokus der öffentlichen Berichterstattung. Häufig werden dabei vor allem die Risiken der Digitalisierung thematisiert. Neben Internetkriminalität oder der unerlaubten Nutzung persönlicher Daten wird insbesondere die Befürchtung geäußert, die Digitalisierung führe zu einem »Ende der Arbeit« mit massiven Arbeitsplatzverlusten durch vernetzte und automatisierte Produktion. So findet etwa eine viel zitierte Studie von Frey und Osborne (2017), dass 47% der Beschäftigten in den USA in einem Beruf arbeiten, der laut Experteneinschätzungen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit in den nächsten zehn bis 20 Jahren automatisiert werden könnte. In ähnlicher Weise schätzen Bonin, Gregory und Zierahn (2015) für Deutschland den Anteil der Beschäftigten in Berufen mit hoher Automatisierungswahrscheinlichkeit auf 43%. Allerdings zeigen sie auch, dass bei einer Betrachtung von Tätigkeiten statt Berufen nur 12% der Arbeitsplätze Tätigkeitsprofile aufweisen, die eine hohe Wahrscheinlichkeit der Automatisierung haben. Darüber hinaus können Digitaltechnologien nicht nur in der IT-Branche, son-

Abb. 1

**Sehen sich die Deutschen als Gewinner oder Verlierer der Digitalisierung?**

Mehrheit sieht sich selbst als Gewinner, im Allgemeinen ist die Meinung eher gespalten



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:  
 Linkes [rechtes] Kreisdiagramm: Was meinen Sie, sind Sie ein Gewinner oder ein Verlierer der Digitalisierung? [Was meinen Sie, gibt es durch die Digitalisierung mehr Gewinner oder mehr Verlierer?] Mit Digitalisierung ist die zunehmende Verbreitung von digitalen Geräten, wie z.B. Computer, Tablet, Smartphone und Roboter und die damit verbundene Vernetzung in Privatleben und Arbeitswelt gemeint.  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017.

© ifo Institut

dern in der gesamten Wirtschaft, für neue Jobs sorgen. Ob eine Person zu den Gewinnern oder Verlierern der Digitalisierung am Arbeitsmarkt gehört, wird letztlich davon abhängen, ob ihre Kompetenzen im Produktionsprozess eher komplementär zu den neuen Technologien sind oder ob ihr Tätigkeitsprofil vor allem auf leicht automatisierbare Routinetätigkeiten beschränkt ist (vgl. Autor, Levy und Murnane 2003; Akerman, Gaarder und Mogstad 2015). Die Digitalisierung bietet darüber hinaus eine Vielzahl neuer Chancen. So können etwa soziale Netzwerke die tägliche Kommunikation erleichtern oder betriebsinterne Clouds eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit ermöglichen.<sup>2</sup> Schließlich können Digitaltechnologien eine effizientere Produktion ermöglichen, was letztendlich zu mehr Wachstum und Wohlstand führen kann (vgl. Czernich et al. 2011 zu Wachstumseffekten des Breitband-Internets).

Um einen Eindruck davon zu erhalten, wie die Deutschen der Digitalisierung gegenüberstehen, hat das ifo Bildungsbarometer 2017 die TeilnehmerInnen gefragt, ob sie sich eher als Gewinner oder Verlierer der Digitalisierung sehen. Diese Frage wurde bewusst allgemein gehalten und liefert so ein diffuses Maß für die subjektiv wahrgenommene Selbsteinschätzung der Befragten. Damit umfasst sie sowohl Aspekte der Nutzung digitaler Geräte im privaten Konsum als auch Aspekte des Arbeitslebens.

<sup>2</sup> Bauernschuster, Falck und Wößmann (2014) finden, dass Zugang zu Breitband-Internet sogar das Sozialkapital in der realen Welt wie soziale Kontakte und ziviles Engagement fördert.

Es zeigt sich, dass eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung dem digitalen Wandel positiv gegenübersteht: 54% sehen sich (deutlich oder eher) als Gewinner der Digitalisierung, wohingegen sich nur etwa 16% (deutlich oder eher) als Verlierer sehen (vgl. Abb. 1). Vor dem Hintergrund der vorwiegend negativen Berichterstattung ist dieses Meinungsbild überraschend optimistisch.

Eine andere zufällig ausgewählte Teilgruppe wurde gefragt, ob es durch Digitalisierung insgesamt mehr Gewinner oder Verlierer gibt. Dabei sind 43% der Meinung, dass es (deutlich oder eher) mehr Gewinner gibt, und 36% meinen, dass es (deutlich oder eher) mehr Verlierer gibt. Die Befragten schätzen die Auswirkungen der Digitalisierung

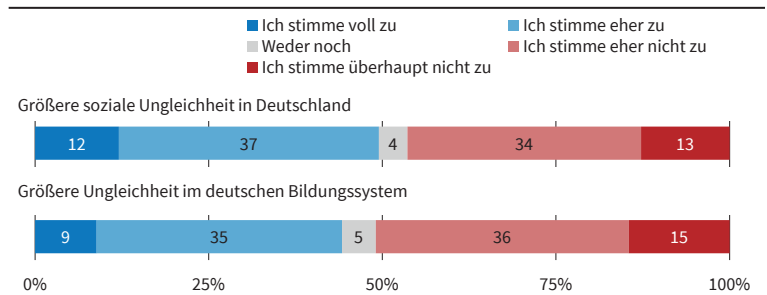
für sich selbst also deutlich optimistischer ein als für die Gesellschaft insgesamt. Eigentlich müsste die Summe aller einzelnen Gewinner und Verlierer aber der Gesamtzahl aller Gewinner und Verlierer in der Gesellschaft entsprechen. Die Diskrepanz könnte beispielsweise daher rühren, dass die Befragten über die persönlichen Folgen auf ihre Mitbürger unzureichend informiert sind oder dass sie sich selbst ungern als Verlierer bezeichnen.

Eine ähnliche Frage, die im Zuge der Digitalisierungsdebatte oft diskutiert wird, ist, inwiefern Digitalisierung zu mehr sozialer Ungleichheit führt. Vielfach wird befürchtet, dass die Digitalisierung zu massiven Arbeitsplatzverlusten unter gering Qualifizierten führt und somit die Ungleichheit verschärft. Die Meinung der deutschen Bevölkerung zu diesem Thema ist gespalten: 50% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Digitalisierung insgesamt zu einer größeren

Abb. 2

**Wird die Digitalisierung zu mehr Ungleichheit führen?**

Ansicht der Bevölkerung ist gespalten



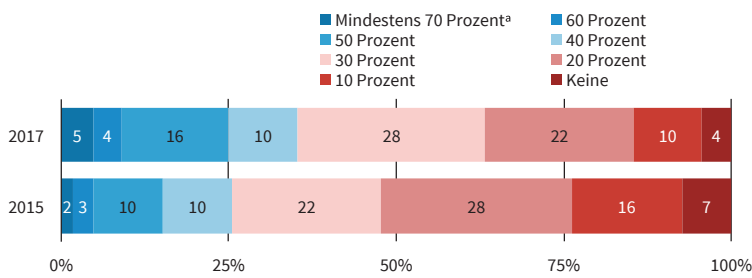
Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:  
 Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zum Thema »Digitalisierung« zu? Mit Digitalisierung ist die zunehmende Verbreitung von digitalen Geräten, wie z.B. Computer, Tablet, Smartphone und Roboter und die damit verbundene Vernetzung in Privatleben und Arbeitswelt gemeint. Die Digitalisierung wird insgesamt zu einer **größeren Ungleichheit im deutschen Bildungssystem** führen. Die Digitalisierung wird insgesamt zu einer **größeren sozialen Ungleichheit in Deutschland** führen.  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017.

© ifo Institut

Abb. 3

**Wie viel Unterrichtszeit sollten SchülerInnen am Computer verbringen?**

Offenheit für selbständiges Arbeiten am Computer deutlich gestiegen



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Welcher Anteil der Unterrichtszeit in weiterführenden Schulen (zum Beispiel Realschulen oder Gymnasien) sollte in etwa dafür verwendet werden, dass Schülerinnen und Schüler sich den Unterrichtsstoff selbstständig am Computer erarbeiten?

<sup>a</sup> Die den Befragten zur Verfügung stehenden Antwortkategorien 70 Prozent, 80 Prozent, 90 Prozent und 100 Prozent wurden hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2015; 2017.

© ifo Institut

ren sozialen Ungleichheit in Deutschland führen wird, 46% stimmen nicht zu (vgl. Abb. 2). Bemerkenswert ist dabei, dass nur etwa 4% der Befragten unentschieden sind.

Auch die Auswirkungen von Digitalisierung auf die Ungleichheit im deutschen Bildungssystem sind schwer abzuschätzen. Einerseits kann die Digitalisierung bildungsfernen Schichten den Zugang zu Informationen und Lernmaterialien erleichtern und somit die Bildungsungleichheit verringern. Andererseits kann es auch sein, dass digitale Technologien ungleiche Auswirkungen auf die Lernchancen von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen haben. Dazu kann es etwa kommen, wenn Kinder aus guten sozialen Verhältnissen zu einem bewussteren Umgang mit Informationstechnologien erzogen werden als Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen. Insgesamt stimmen 44% der Befragten der Aussage zu, dass die Digitalisierung zu einer größeren Ungleichheit im deutschen Bildungssystem führen wird. 51% stimmen der Aussage nicht zu, lediglich 5% stimmen der Aussage weder zu noch lehnen sie sie ab.

### Digitalisierung an den Schulen

Neben der allgemeinen Einschätzung der Deutschen zur Digitalisierung hat das ifo Bildungsbarometer 2017 auch das Meinungsbild zur Digitalisierung im schulischen Bereich erhoben. Da die Schule der Wegbereiter für den späteren Werdegang der SchülerInnen ist, stellt die Digitalisierung die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Schulen vor wichtige Entscheidungen. Eine grundlegende Frage ist dabei, wie stark digitale Lernmethoden in den Unterricht eingebunden werden sollten. Zwar liefert die Forschung wenig Belege dafür, dass der Einsatz digitaler Unterrichtstechnologien die Schülerleistungen in den klassischen Unterrichtsfächern verbessert (vgl. Bulman und Fairlie 2016; Falck, Mang und Wößmann 2017), allerdings könnte der Einsatz digitaler Medien der Vermittlung von IT-Kompetenzen selbst dienen.

Befragt danach, welcher Anteil der Unterrichtszeit an weiterführenden Schulen dafür genutzt werden sollte, dass SchülerInnen den Unterrichtsstoff am Computer selbstständig erarbeiten, antwortet rund ein Viertel (25%) der Bevölkerung, dass mindestens die Hälfte der Unterrichtszeit so verwendet werden sollte (vgl. Abb. 3). Fast zwei Drittel (63%) sprechen sich für einen Anteil von mindestens 30% aus. Lediglich 4% sind der Meinung, dass keine Unterrichtszeit für das selbständige Erarbeiten am Computer verwendet werden sollte.

Interessanterweise hat sich das Meinungsbild diesbezüglich über die letzten beiden Jahre deutlich zu vermehrter Computernutzung im Unterricht verschoben. In der Befragung 2015 hatten sich noch weniger als die Hälfte der Befragten (48%) bei derselben Frage dafür ausgesprochen, mindestens 30% der Unterrichtszeit für das Lernen am Computer zu verwenden, 2017 ist dieser Anteil mit 63% deutlich höher. Die steigende Bedeutung der Digitalisierung im Bildungsbereich scheint den Deutschen also durchaus bewusst zu sein.

Um die Digitalisierung an deutschen Schulen flächendeckend zu fördern, hat das BMBF im vergangenen Jahr den bereits erwähnten DigitalPakt#D zwischen Bund und Ländern vorgeschlagen. Einer der Eckpfeiler des Paktes sieht die Finanzierung von digitaler Ausstattung an allen Grund-, weiterführenden und Berufsschulen vor. Eine überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt derartige Vorhaben: 80% sprechen sich (sehr oder eher) dafür aus, dass der Bund alle Schulen mit Breitband-Internetzugang, WLAN und Computern ausstattet (vgl. Abb. 4). Lediglich 14% sind (sehr oder eher) dagegen.

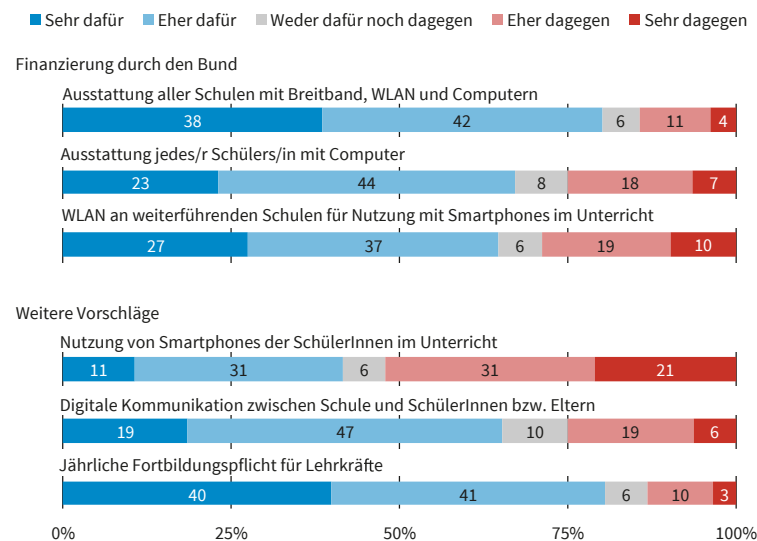
Generell stehen die Deutschen der staatlichen Finanzierung von digitaler Infrastruktur positiv gegenüber. Befragt danach, ob der Bund jede/n SchülerIn an weiterführenden Schulen mit einem Laptop oder Computer ausstatten soll, sprechen sich 67% dafür aus, ein Viertel (25%) ist dagegen. Die Mehrheit der Deutschen befürwortet auch, dass der Bund die Bereitstellung von WLAN an weiterführenden Schulen finanziert, das die SchülerInnen für schulische Zwecke auf ihrem Smartphone im Unterricht benutzen können. 65% der Befragten sind dafür, nur 29% sind dagegen.

Geht es hingegen um die eigentliche Nutzung von Smartphones im Unterricht, ist die Meinung der Deutschen jedoch weniger positiv. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung (42%) spricht sich dafür aus, dass SchülerInnen ab der 7. Klasse ihr eigenes Smartphone für schulische Zwecke (z.B. für Recherche) im Unterricht benutzen dürfen, eine Mehrheit von 52% ist dagegen.

Abb. 4

**Wie stehen die Deutschen zu Digitalisierung an den Schulen?**

Breite Zustimmung zu Investitionen des Bundes, aber nicht zur Nutzung von Smartphones



**Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Ausstattung aller Schulen mit Breitband, WLAN und Computern** Bei dieser Frage geht es um die digitale Ausstattung an Grundschulen, weiterführenden Schulen, wie z.B. Realschulen und Gymnasien, und Berufsschulen. Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Bund alle Schulen mit Breitband-Internetzugang, WLAN (kabelloses Internet) und Computern ausstattet?

**Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Ausstattung jedes/r Schülers/in mit Computer** Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Bund jede Schülerin/jeden Schüler an weiterführenden Schulen, wie z.B. Realschulen oder Gymnasien, mit einem Computer oder Laptop ausstattet?

**Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): WLAN an weiterführenden Schulen für Nutzung mit Smartphones im Unterricht** Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Bund die Bereitstellung von WLAN (kabelloses Internet) an weiterführenden Schulen, wie z.B. Realschulen oder Gymnasien, finanziert, das die Schülerinnen und Schüler für schulische Zwecke (z.B. Recherchen) auf ihrem Smartphone (internetfähiges Handy) im Unterricht benutzen können?

**Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Nutzung von Smartphones der SchülerInnen im Unterricht** Nun geht es um die Benutzung von Smartphones (internetfähige Handys) an Schulen. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse ihr eigenes Smartphone für schulische Zwecke (z.B. für Recherchen) im Unterricht benutzen dürfen?

**Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Digitale Kommunikation zwischen Schule und SchülerInnen bzw. Eltern** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schulen über digitale Kommunikationswege in Kontakt mit Schülerinnen und Schülern und Eltern stehen, um beispielsweise über bevorstehende Tests oder Prüfungsergebnisse zu informieren?

**Frage 6 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt): Jährliche Fortbildungspflicht für Lehrkräfte** In den allgemeinbildenden Schulen werden das Internet und digitale Geräte, wie z.B. Computer, Tablet oder Smartphone, immer häufiger im Unterricht eingesetzt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verpflichtet werden, an jährlichen Fortbildungen zu Digital- und Medienkompetenz teilzunehmen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017. © ifo Institut

Ein weiterer Aspekt der Digitalisierung betrifft die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Schulen, SchülerInnen und Eltern. 65% der Deutschen sprechen sich dafür aus, dass Schulen über digitale Kommunikationswege in Kontakt mit SchülerInnen und Eltern stehen, um beispielsweise über bevorstehende Tests oder Prüfungsergebnisse zu informieren. Nur ein Viertel (25%) spricht sich dagegen aus.

Eine zentrale Voraussetzung für die Vermittlung digitaler Kompetenzen an Schulen ist geschultes Lehrpersonal. Ein Reformvorschlag, der in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stößt, ist die Einführung verpflichtender jährlicher Fortbildungen zu Digital- und Medienkompetenzen für Lehrkräfte. Diesem Vorschlag stimmt eine überwältigende Mehrheit von 81% der Deutschen zu, nur 13% sind dagegen.

**Wann sollten Digitalkompetenzen vermittelt werden?**

Während in Deutschland die Frage, ab wann und in welchem Umfang Digitalkompetenzen in Bildungseinrichtungen vermittelt werden sollen, noch nicht einheitlich geklärt ist, haben andere Länder unlängst entsprechende Gesetze verabschiedet. Beispielsweise lernen in Estland SchülerInnen bereits ab der ersten Klasse programmieren. In Großbritannien ist der Umgang mit Computern als eigenständiges Unterrichtsfach in den Lehrplänen für alle Kinder ab dem Alter von fünf Jahren verankert.

Auch in Deutschland kann sich eine Mehrheit der Bevölkerung die Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen ab dem Grundschulalter vorstellen: 55% der Bevölkerung spricht sich dafür aus, dass Grundschulen Digital- und Medienkompetenzen, wie z.B. den Umgang mit digitalen Geräten, Grundkenntnisse im Programmieren oder den verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien, vermitteln (vgl. Abb. 5). In Bezug auf den Kindergarten sind die Deutschen hingegen zurückhaltender: Lediglich 21% sprechen sich dafür aus, dass Kindergärten Digital- und Medienkompetenzen vermitteln sollten, 72% sind dagegen. Ab den weiterführenden Schulen finden sich dann überwältigende Mehrheiten für eine Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen: 90% an weiterführenden Schulen, 91% an Berufsschulen und 89% an Hochschulen.

Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich, wenn die TeilnehmerInnen konkret gefragt werden, ob die Vermittlung der genannten Digital- und Medienkompetenzen als fester Bestandteil im Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen verankert werden sollte. Bei den Grundschulen sprechen sich wiederum 55% dafür aus, 25% sind in diesem Fall sogar sehr dafür. Bei den weiterführenden Schulen sprechen sich 89% der Bevölkerung dafür aus.

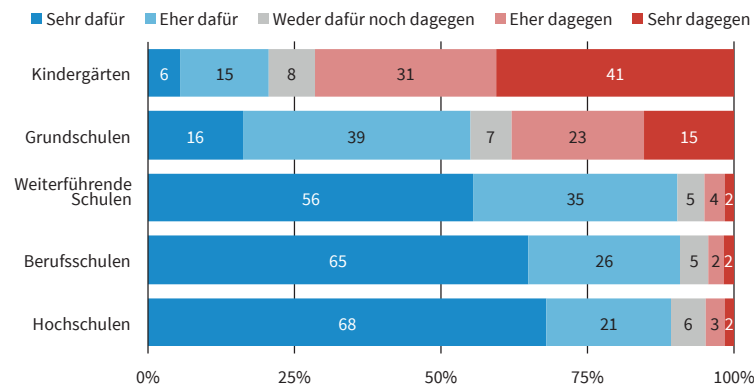
Bei den Grundschulen sprechen sich wiederum 55% dafür aus, 25% sind in diesem Fall sogar sehr dafür. Bei den weiterführenden Schulen sprechen sich 89% der Bevölkerung dafür aus.

**Digitale Bildung jenseits der Schule**

Neben dem Schulsystem stellt der digitale Wandel auch neue Anforderungen an die Bildung jenseits der Schul-

Abb. 5

**Welche Bildungseinrichtungen sollten Digital- und Medienkompetenzen vermitteln?**  
 Ablehnung bei Kindergärten, leichte Zustimmung bei Grundschulen, eindeutige Zustimmung ab weiterführenden Schulen



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:  
 Sind Sie dafür oder dagegen, dass in den folgenden Bildungseinrichtungen Digital- und Medienkompetenzen, wie z.B. Umgang mit digitalen Geräten, Grundkenntnisse im Programmieren oder verantwortungsvoller Umgang mit sozialen Medien, vermittelt werden?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017. © ifo Institut

zeit. An deutschen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben werden digitale Medien bisher eher zurückhaltend verwendet (vgl. Schmid, Goertz und Behrens 2016). Um die digitale Ausbildung voranzutreiben, hat das BMBF (2016b) die Initiative »Digitale Medien in der beruflichen Bildung« ins Leben gerufen, die ab 2017 einschlägige berufliche Aus- und Weiterbildungen mit insgesamt bis zu 25 Mio. Euro jährlich fördern soll. Ein solcher Einsatz des Bundes findet in der Bevölkerung breite Zustimmung. Eine überwältigende Mehrheit von 85% der Deutschen spricht sich dafür aus, dass der Bund für berufliche Ausbildungsstätten vermehrt digitale, technische Geräte anschafft, damit die Auszubildenden bereits dort den Gebrauch von Geräten wie zum Beispiel 3D-Druckern erlernen können, die sie dann zum Teil auch in den Unternehmen benutzen müssen (vgl. Abb. 6). Lediglich 9% sprechen sich dagegen aus.

An deutschen Hochschulen werden digitale Medien bereits intensiver genutzt. Einige Hochschulen bieten beispielsweise ihre gesamten Vorlesungs- und Lernmaterialien auf Onlineportalen an. An manchen Universitäten können Studierende ihren Abschluss sowohl durch persönliche Anwesenheit in Lehrveranstaltungen als auch per Fernstudium auf Onlineplattformen erwerben. Danach befragt, ob Universitäten in der Abschlussurkunde explizit kennzeichnen sollten, ob ein Studierender das Studium klassisch oder

online absolviert hat, sprechen sich 61% der Deutschen für eine Kennzeichnungspflicht aus. 25% sind dagegen, die restlichen 14% sind unentschieden. Das deutet darauf hin, dass Online-Studiengänge in der deutschen Bevölkerung nicht als identisch mit einem klassischen Universitätsstudium angesehen werden.

Auch im Weiterbildungsbereich sprechen sich die Deutschen für eine staatliche Förderung des Erwerbs von digitalen Kompetenzen aus. Der Vorschlag, dass Betriebe, die ihren MitarbeiterInnen regelmäßig Fortbildungsmaßnahmen zum Thema IT, Digitalisierung und Medien ermöglichen, staatliche Förderungen erhalten sollen, findet eine Zweidrittel-

mehrheit (67%). Nur 22% der Befragten sind gegen diesen Vorschlag.

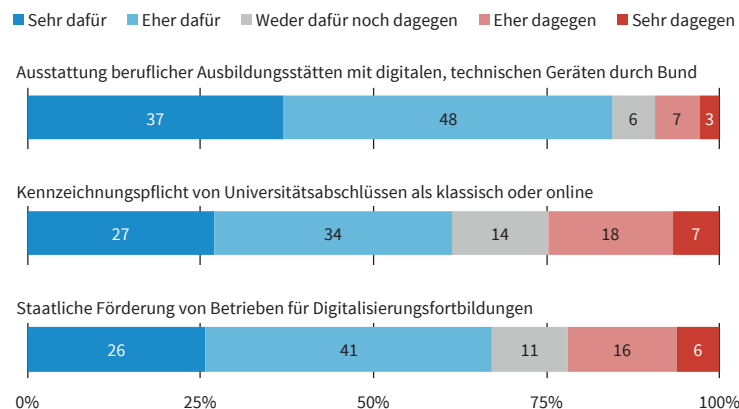
**TRENDS IN DEN MEINUNGEN: SCHLECHTERE BEWERTUNG, HÖHERE AUSGABENBEREITSCHAFT**

Neben dem Themenblock Digitalisierung hat sich das ifo Bildungsbarometer in diesem Jahr besonders darauf konzentriert, Trends in den Meinungen der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen bildungspoli-

Abb. 6

**Was meinen die Deutschen zu Digitalisierung jenseits der Schulzeit?**

Hohe Zustimmung zu Ausbau der Digitalisierung in Berufsausbildung und Fortbildung



Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):  
**Ausstattung beruflicher Ausbildungsstätten mit digitalen, technischen Geräten durch Bund** Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Bund für Ausbildungsstätten der beruflichen Ausbildung vermehrt digitale, technische Geräte anschafft, damit die Auszubildenden bereits dort den Gebrauch der Geräte (z.B. 3D-Drucker) erlernen, die sie zum Teil auch in Unternehmen benutzen müssen?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):  
**Kennzeichnungspflicht von Universitätsabschlüssen als klassisch oder online** An manchen Universitäten können Studierende ihren Abschluss sowohl durch persönliche Teilnahme an Kursen als auch per Fernstudium auf Onlineplattformen erwerben. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Universitäten in der Abschlussurkunde explizit kennzeichnen müssen, ob ein Studierender das Studium klassisch oder online absolviert hat?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):  
**Staatliche Förderung von Betrieben für Digitalisierungsförderungen** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Betriebe, die ihren MitarbeiterInnen und Mitarbeitern regelmäßig Fortbildungsmaßnahmen zum Thema IT, Digitalisierung und Medien ermöglichen, staatliche Förderungen erhalten?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017. © ifo Institut

## Kasten 2

**Zur Berechnung und Interpretation von Meinungstrends**

Ein besonderer Schwerpunkt des ifo Bildungsbarometers 2017 liegt auf der Frage, wie sich die öffentliche Meinung zu Bildungsthemen seit 2014, dem ersten Erhebungsjahr des ifo Bildungsbarometers, verändert hat. Um Vergleiche über die Zeit anstellen zu können, wurde in der diesjährigen Befragung eine Reihe von Fragen aus den Vorjahren wortgleich wiederholt. Da das ifo Bildungsbarometer jedes Jahr andere Themenschwerpunkte setzt, wurden nur vier Fragen in jedem Befragungsjahr von 2014 bis 2017 gestellt: die Fragen nach der Benotung der Schulen (vgl. Abb. 7), den staatlichen Ausgaben für Schulen (vgl. Abb. 8), der Verwendung zusätzlicher Mittel im Schulbereich (vgl. Abb. 14) und den Studiengebühren (vgl. Abb. 20). Darüber hinaus wurde eine Vielzahl von Fragen in diesem Jahr zumindest zum zweiten Mal gestellt.

Wie schon bei den Zustimmungsniveaus zu den Fragen lässt sich auch für ihre Veränderung über die Zeit ein statistisches Signifikanzniveau berechnen. Aufgrund des vergleichsweise großen Stichprobenumfangs des ifo Bildungsbarometers erfüllen Veränderungen, die eine quantitativ bedeutende Größenordnung aufweisen, zumeist auch den Tatbestand der statistischen Signifikanz. Wann immer im Text von bedeutenden Veränderungen berichtet wird, erweisen sie sich auch statistisch als signifikant.

Bei der Interpretation der berichteten Meinungstrends ist zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse prinzipiell nicht nur durch tatsächliche Änderungen in der Meinung der Bevölkerung, sondern auch durch Änderungen in der Ausgestaltung des Fragebogens hervorgerufen worden sein könnten. Zwar wurden die Fragen identisch gestellt, und die Befragungen waren jeweils auf eine repräsentative Abbildung der deutschen Bevölkerung ausgerichtet (vgl. Kasten 1). Allerdings ist es beispielsweise denkbar, dass die Positionierung einer Frage innerhalb des Fragebogens sowie die Zusammensetzung der anderen Fragen das Antwortverhalten beeinflussen kann. Experimentelle Untersuchungen zu den Effekten von Fragenreihenfolgen im letztjährigen ifo Bildungsbarometer haben allerdings gezeigt, dass leichte Variationen in der Reihenfolge zweier Fragen zu Gehaltszuschlägen für Lehrkräfte das Antwortverhalten nicht signifikant beeinflusst haben (vgl. Wößmann et al. 2016a, Kasten 2). Demgegenüber lag der Anteil derer, die Bildungspolitik als wichtig für die Wahlentscheidung eingeschätzt haben, in der Teilgruppe, die diese Frage gleich zu Beginn der Befragung beantwortet hat, mit 80% höher als in der Teilgruppe, die die Frage erst an 21. Stelle des Fragebogens gestellt bekommen hat (74%). Insofern sind gewisse Effekte extremer Verschiebungen im Fragebogen nicht auszuschließen.

Weitere Untersuchungen der diesjährigen Befragung deuten jedoch darauf hin, dass die Antworten auf die Trendfragen kaum von den jeweils vorangegangenen Fragen bzw. den darin enthaltenen Informationen beeinflusst wurden. Da an verschiedenen Stellen im ifo Bildungsbarometer 2017 zufällige Teilgruppen der Befragten gebildet wurden und diese unterschiedliche Fragen beantwortet bzw. unterschiedliche Informationen erhalten haben, kann der Einfluss verschiedener Fragenkonstellationen auf die Antworten auf Trendfragen untersucht werden. Dafür haben wir für jede Trendfrage untersucht, ob sich die Antworten signifikant nach der Teilgruppenzuteilung der jeweils vorangegangenen Fragen unterscheiden. Es zeigt sich, dass in nur 6% der Vergleiche statistisch auf dem 5%-Niveau signifikante Unterschiede zwischen den Teilgruppen bestehen – wie es bei dem gewählten Signifikanzniveau aufgrund von reinem Zufall zu erwarten wäre. Für die Analysen der drei Vorjahre ergeben sich ebenfalls Signifikanzquoten von jeweils 5%. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die unterschiedlichen Fragenkonstellationen das dargestellte Meinungsbild nicht maßgeblich beeinflusst haben.

tischen Themen abzubilden. Dazu haben wir ausgewählte Fragen, die wir bereits zwischen 2014 und 2016 gestellt hatten, in diesem Jahr mit demselben Wortlaut erneut gestellt (vgl. Kasten 2). Wie bereits berichtet, hat sich dabei beispielsweise gezeigt, dass sich die Zustimmung zu Unterrichtszeit am Computer deutlich erhöht hat. Zunächst berichten wir nun über einige weitere Bereiche, in denen sich die Meinung der Deutschen in den vergangenen Jahren deutlich verändert hat. Danach kommen wir zu den – in ihrer Anzahl deutlich umfangreicheren – Bereichen, in denen sich die Meinung der Deutschen nicht nennenswert verändert hat.

**Schulen schlechter benotet**

Bereits in den vorherigen Erhebungen des ifo Bildungsbarometers hat sich gezeigt, dass die Bevölkerung die

allgemeinbildenden Schulen in Deutschland eher mittelmäßig benotet. In den Jahren 2014, 2015 und 2016 hat jeweils etwa ein knappes Drittel der Bevölkerung (28% – 30%) die Schulen in Deutschland mit der Schulnote 1 oder 2 beurteilt, etwas mehr als die Hälfte hat Schulnote 3 vergeben (53% – 54%) und der Rest (17% – 18%) hat die Schulen mit den Noten 4, 5 oder 6 bewertet (vgl. Abb. 7). Dabei war die Einschätzung über die drei Jahre erstaunlich stabil. Im Vergleich dazu hat sich die Bewertung der Schulen im ifo Bildungsbarometer 2017 verschlechtert: Der Anteil der Bevölkerung, der die Noten 1 oder 2 vergibt, ist auf 24% gesunken. Zugleich sind die Anteile derer, die die Note 3 oder die Noten 4, 5 oder 6 vergeben, leicht auf 56% bzw. 20% angestiegen.

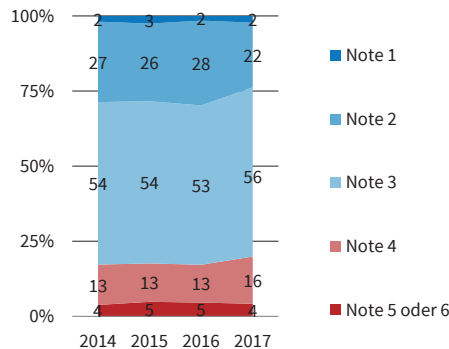
Wie schon in den vergangenen Jahren werden die allgemeinbildenden Schulen im eigenen Bundesland



Abb. 7

**Wie hat sich die Bewertung der Schulen entwickelt?**

Die Deutschen geben den Schulen 2017 schlechtere Noten



Frage:

Welche Schulnote würden Sie den allgemeinbildenden Schulen geben? Den Schulen in ganz Deutschland?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017.

© ifo Institut

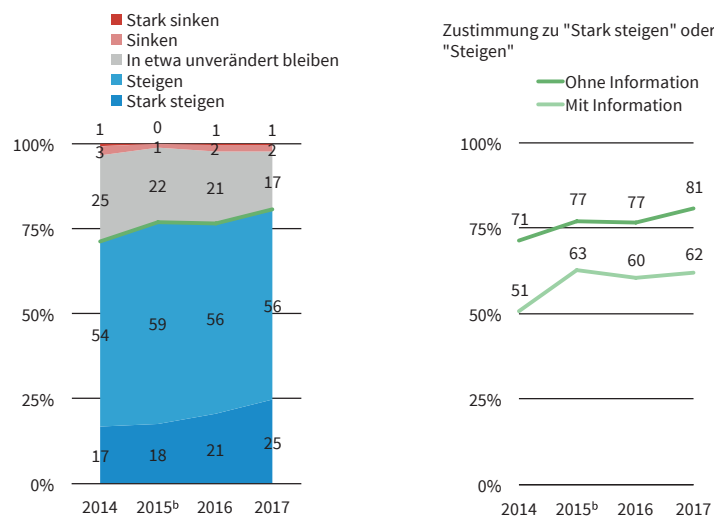
bzw. vor Ort besser beurteilt: 34% bzw. 40% der 2017 Befragten vergeben für diese Schulen die Note 1 oder 2. Dementsprechend ist der Anteil der Bevölkerung, der die Note 3 vergibt, mit 46% bzw. 41% deutlich geringer als für die Schulen in ganz Deutschland. Ähnlich wie die Schulen in ganz Deutschland bewerten 20% bzw. 19% die Schulen im jeweiligen Bundesland bzw. vor Ort mit den Noten 4, 5 oder 6. Auch in diesen Fällen fällt die Beurteilung aber schlechter aus als in den Vorjahren.

Die Deutschen sehen also deutlichen, über die Zeit ansteigenden Verbesserungsbedarf bei den allgemeinbildenden Schulen. Während es eine Vielzahl möglicher Gründe für den negativen Trend in der Beurteilung der Schulen gibt, legen diese Ergebnisse nahe, dass der Wunsch nach Verbesserungen in der deutschen Bevölkerung gewachsen ist.

Abb. 8

**Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen steigen?**

Zustimmung zu höheren Ausgaben wächst im vierten Jahr



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

**Ohne Information<sup>a</sup> [Mit Information]** [Die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland betragen im Durchschnitt jährlich 7 400 Euro pro Schülerin/Schüler.] Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen in Deutschland Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

<sup>a</sup> Das linke Diagramm stellt die Ergebnisse der Frage ohne Information dar.

<sup>b</sup> Im Jahr 2015 bezog sich die Frage abweichend nicht auf die staatlichen Ausgaben für Schulen »in Deutschland«, sondern »in Ihrem Bundesland«.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017.

© ifo Institut

**Bereitschaft für Bildungsausgaben erhöht**

Während sich die Beurteilung der Schulen im Vergleich zu den Vorjahren verschlechtert hat, ist der Wunsch nach Ausgabenerhöhungen im Bildungsbereich gestiegen. Im diesjährigen ifo Bildungsbarometer spricht sich eine große Mehrheit von 81% der Befragten dafür aus, dass die staatlichen Ausgaben für Schulen steigen oder stark steigen sollten (vgl. Abb. 8). Diese Zustimmungsrate ist im Zeitverlauf deutlich angestiegen: 2014 waren noch 71% für staatliche Ausgabenerhöhungen, 2015 und 2016 waren es 77%.<sup>3</sup> In jedem Jahr wurde eine Teilgruppe der Befragten vor der Beantwortung der Frage über die durchschnittlichen staatlichen Bildungsausgaben pro SchülerIn informiert.<sup>4</sup> Wie in den Vorjahren verringert auch im ifo Bildungsbarometer 2017 diese Information die Zustimmung zu höheren Ausgaben deutlich auf 62%. Dieser Anteil ist im Vergleich zu den beiden Vorjahren relativ stabil, liegt aber signifikant höher als 2014 (51%).

Gehaltszahlungen an Lehrkräfte sind ein zentraler Bestandteil der Ausgaben für Schulen. Auch hier ist die Zustimmung für Ausgabenerhöhungen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Waren 2014 nur 29% der Befragten der Meinung, dass die Gehälter von Lehrkräften steigen oder stark steigen sollten, lag der Anteil 2016 bei 40% und 2017 bei 43% (vgl. Abb. 9).

Das ifo Bildungsbarometer 2017 zeigt auch, dass den Deutschen Bildungsausgaben im Vergleich zu anderen staatlichen Ausgabenbereichen besonders wichtig sind. Während drei Viertel (75%) der Befragten der Meinung sind, dass der Staat zukünftig mehr Geld für Bildung ausgeben sollte, liegt die Zustimmung zu Ausgabenerhöhungen in allen anderen abgefragten

Bereichen niedriger: 69% sind für steigende staatliche Ausgaben für öffentliche Sicherheit (z.B. Polizei) und 56% für soziale Sicherung (z.B. Rentenzuschüsse, Arbeitslosengeld II), aber nur 21% für Kultur und 19% für Verteidigung (vgl. Abb. 10).<sup>5</sup>

Im Vergleich zu 2014 zeigen sich interessante, deutlich unter-

<sup>3</sup> Im ifo Bildungsbarometer 2015 wurde die Frage auf das jeweilige Bundesland bezogen, in den übrigen Jahren auf Deutschland insgesamt.

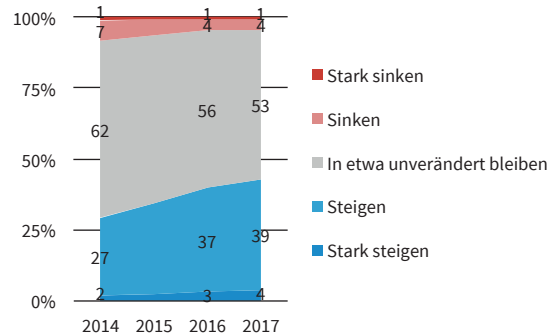
<sup>4</sup> Die durchschnittlichen Bildungsausgaben pro SchülerIn betragen 6 400 Euro im Jahr 2014, je nach Bundesland zwischen 5 800 Euro und 8 700 Euro im Jahr 2015, 7 100 Euro im Jahr 2016 und 7 400 Euro im Jahr 2017 (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2017).

<sup>5</sup> Einem Teil der Befragten wurde mitgeteilt, dass jährlich 95 Mrd. Euro für Bildung, 27 Mrd. Euro für öffentliche Sicherheit, 27 Mrd. Euro für soziale Sicherung, 10 Mrd. Euro für Kultur und 27 Mrd. Euro für Verteidigung ausgegeben werden (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2014). In dieser Teilgruppe sind 65%, 66%, 49%, 21% und 19% für Ausgabenerhöhungen in den jeweiligen Bereichen.

Abb. 9

**Wie sollten sich Gehälter von Lehrkräften entwickeln?**

Zustimmung zu steigenden Gehältern steigt seit 2014



**Frage:**

Was meinen Sie, sollten die Gehälter von Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland steigen, sinken oder unverändert bleiben?

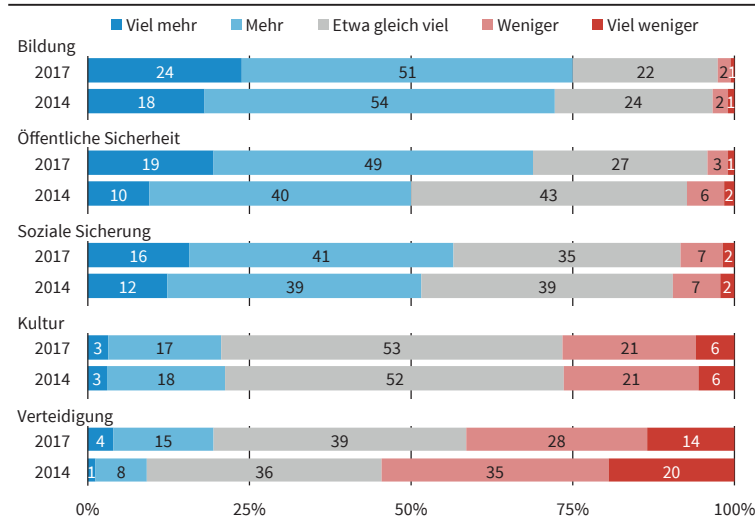
Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2016; 2017. © ifo Institut

schiedliche Trends im Wunsch nach staatlichen Mehrausgaben: Bei Bildung und Kultur ist er weitgehend konstant geblieben (72% bzw. 21% für Ausgabenerhöhungen im Jahr 2014) und bei der sozialen Sicherung leicht gestiegen (52% im Jahr 2014). Demgegenüber hat sich die Befürwortung von Ausgabenerhöhungen in den Bereichen öffentliche Sicherheit und Verteidigung deutlich erhöht. Sprach sich 2014 die Hälfte der Befragten (50%) für Ausgabenerhöhungen für die öffentliche Sicherheit aus, sind es 2017 über zwei Drittel der Befragten (69%). Die Forderung nach steigenden Ausgaben für Verteidigung hat sich im gleichen Zeitraum sogar von 9% im Jahr 2014 auf 19% im Jahr 2017 verdoppelt. Eine naheliegende Interpretation dieser Trends ist, dass sich die in den letzten Jahren verschärfte Sicherheitslage und angestiegene Terrorgefahr in Deutschland in den Präferenzen für staatliche Mehrausgaben niederschlägt.

Abb. 10

**In welchen Bereichen hat sich die Bereitschaft zu höheren Staatsausgaben verändert?**

Deutlicher Anstieg bei öffentlicher Sicherheit und Verteidigung, Bildung weiterhin vorne



**Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:**

Wie viel sollte der Staat Ihrer Meinung nach zukünftig in den folgenden Bereichen im Vergleich zu heute ausgeben? Denken Sie daran, dass höhere Staatsausgaben gegebenenfalls durch Steuererhöhungen finanziert werden müssen.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2017.

© ifo Institut

**Erhöhte Ausgabenbereitschaft nicht in allen Bereichen**

Während die Ausgabenbereitschaft für allgemeinbildende Schulen, für Lehrergehälter und für Bildung insgesamt in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen ist, zeichnet sich in anderen Bildungsbereichen ein Rückgang der Ausgabenbereitschaft ab. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene werden teils von den Personen selbst, teils von ihren Arbeitgebern und teils vom Staat finanziert. Im ifo Bildungsbarometer 2017 sprachen sich 20% für höhere Ausgaben der Personen selbst, 50% für höhere Ausgaben der Arbeitgeber und 53% für höhere staatliche Ausgaben aus (vgl. Abb. 11). 2014 waren noch es 27%, 59% bzw. 58% für diese drei Quellen. Während die Bereitschaft für höhere Weiterbildungsausgaben der Personen selbst also weiterhin relativ niedrig und die für höhere Ausgaben von Arbeitgebern und Staat relativ hoch ist, ist die Bereitschaft zu steigenden Ausgaben für Fort- und Weiterbildung insgesamt zurückgegangen.

Auch die Bereitschaft, in Bildungsmaßnahmen zur Integration von Flüchtlingen zu investieren, ist leicht rückläufig. Hatten sich im letzten Jahr noch 25% der Befragten dafür ausgesprochen, die staatlichen Bildungsausgaben pro Flüchtling zu erhöhen, waren es in der diesjährigen Befragung nur noch 20% (vgl. Abb. 12). Der Anteil von Personen, die der Meinung sind, dass diese Ausgaben sinken sollten, stieg von 26% auf 35%. Keine signifikante Änderung findet sich hingegen in der Zustimmung zum Vorschlag, dass der Staat einen Teil der Ausbildungskosten der Betriebe, die Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz anbieten, übernimmt. Hier ist die Meinung der Bevölkerung weiterhin geteilt: 44% sind dafür und 44% dagegen, in der letztjährigen Befragung waren es 45% bzw. 41%.<sup>6</sup>

**Spezifische Bildungsausgaben**

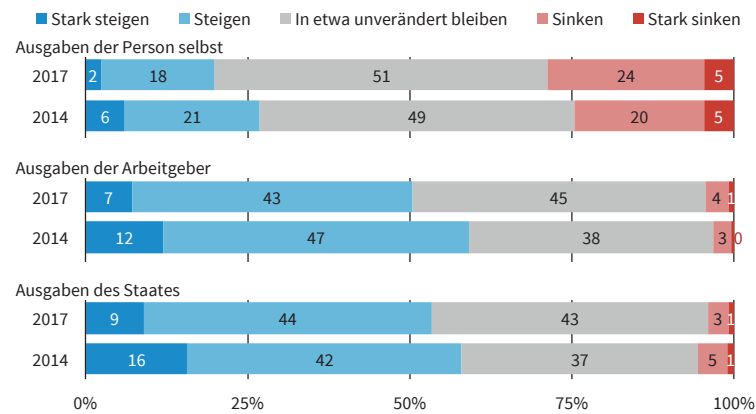
Das ifo Bildungsbarometer 2017 hat auch erfragt, welcher Bildungsbereich am ehesten von einer Erhöhung der staatlichen Bildungsausgaben profitieren sollte. Weiterführende Schulen werden mit 33% am häufigsten genannt, direkt gefolgt von

<sup>6</sup> Eine zufällig gewählte Teilgruppe der Online-Stichprobe wurde vor der Beantwortung der Frage darüber informiert, dass laut einer Studie nur 14% der seit 2013 als Flüchtlinge eingereisten Personen einer Erwerbsarbeit nachgehen und dass viele Experten der Meinung sind, dass die Qualifikationen der Flüchtlinge für den deutschen Arbeitsmarkt nicht ausreichen (vgl. Brücker et al. 2016). Das Meinungsbild dieser Teilgruppe unterscheidet sich nicht signifikant von der uninformierten Teilgruppe. Um die Repräsentativität der Ergebnisse für die deutsche Bevölkerung zu gewährleisten, wurden die Gewichte der Online-Stichprobe in der uninformierten Teilgruppe entsprechend angepasst.

Abb. 11

**Sollten die Ausgaben für Fort- und Weiterbildung steigen?**

Zustimmung gesunken, aber weiterhin Mehrheit für höhere staatliche Ausgaben



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene werden teils von den Personen selbst, teils von ihren Arbeitgebern und teils vom Staat finanziert. Was meinen Sie, sollten die Ausgaben für Fort- und Weiterbildung im Erwachsenenalter aus diesen drei Quellen steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2017.

© ifo Institut

Grundschulen (30%) und Einrichtungen der frühkindlichen Bildung wie Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten (26%) (vgl. Abb. 13). Nur 7% bzw. 4% präferieren Erhöhungen im Berufsschul- und Hochschulbereich. Im Vergleich zum ifo Bildungsbarometer 2014 zeichnet sich eine leichte Verschiebung von frühkindlichen Einrichtungen zu Grundschulen ab: Damals hatten sich noch 31% für Ausgabenerhöhungen für frühkindliche Bildung und 26% für Grundschulen ausgesprochen. Die rückläufige Präferenz für Ausgabenerhöhungen bei Kitas, Krippen und Kindergärten könnte damit zusammenhängen, dass in diesem Bereich in den vergangenen Jahren vermehrt investiert wurde. Die Anteile, die sich für die späteren drei Bildungsbereiche aussprechen, sind relativ konstant.

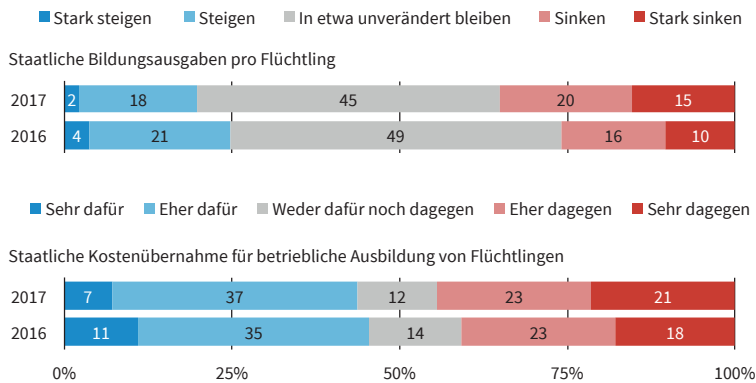
zusätzlichen Mitteln für Lehrmittel und Lehrergehälter ist auf 39% bzw. 8% gestiegen (vgl. Abb. 14). Die Werte der Jahre 2015 und 2016 liegen jeweils dazwischen.

Um zu verdeutlichen, dass die verschiedenen Verwendungszwecke für zusätzliche Mittel zueinander in Konkurrenz stehen, wurde eine zweite Teilgruppe im ifo Bildungsbarometer 2017 vor der Beantwortung der Frage darüber informiert, dass eine Verkleinerung der Schulklassen um drei SchülerInnen in etwa so viel kosten würde, wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro pro Schulklasse anzuschaffen. Die Information verringert die Zustimmung zu Klassenverkleinerungen in dieser Teilgruppe signifikant auf 46%, die Zustimmung zu zusätzlichen Lehrmitteln steigt auf 45% (9% für Lehrergehälter).<sup>7</sup> Eine dritte Teilgruppe erhielt dieselbe Information und wurde gebeten, sich jeweils konkret zwischen einer Verkleinerung der Schulklassen um drei bzw. zehn SchülerInnen und den jeweiligen kostenneutralen Alternativen zu entscheiden. Bei der Option einer Klassenverkleinerung um zehn SchülerInnen spricht sich auch in dieser Teilgruppe knapp die Hälfte (48%) für kleinere Klassen aus (44% für Lehrmittel, 7% für Lehrergehälter). Geht es hingegen um eine Klassenverkleinerung um drei SchülerInnen, sprechen sich nur mehr 38% für kleinere Klassen aus,

Abb. 12

**Wie stehen die Deutschen zu Bildungsmaßnahmen für Flüchtlinge?**

Zustimmung zu zusätzlichen staatlichen Maßnahmen leicht rückläufig



Frage 1:

**Staatliche Bildungsausgaben pro Flüchtling** Sollten die staatlichen Bildungsausgaben pro Flüchtling Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Staatliche Kostenübernahme für betriebliche Ausbildung von Flüchtlingen** Sind Sie dafür oder dagegen, dass der Staat einen Teil der Ausbildungskosten der Betriebe übernimmt, die Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz anbieten?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016; 2017.

© ifo Institut

Die hohe Zustimmung zu Ausgabenerhöhungen im Schulbereich wirft die Frage auf, wie zusätzliche Mittel in diesem Bereich verwendet werden sollten. In jedem Befragungsjahr wurden die TeilnehmerInnen gebeten, sich zwischen drei häufig diskutierten Möglichkeiten zu entscheiden: der Verkleinerung der Klassengrößen, der Erhöhung der Lehrergehälter oder der Anschaffung von neuen Lehrmitteln, wie zum Beispiel Computer und Schulbücher. 2014 hatten sich noch 64% für kleinere Schulklassen, 32% für zusätzliche Lehrmittel und 4% für höhere Lehrergehälter ausgesprochen. Bis 2017 ist die Zustimmung zu Klassenverkleinerungen auf 53% gesunken, die Zustimmung zu

zusätzlichen Mitteln für Lehrmittel und Lehrergehälter ist auf 39% bzw. 8% gestiegen (vgl. Abb. 14). Die Werte der Jahre 2015 und 2016 liegen jeweils dazwischen.

Um zu verdeutlichen, dass die verschiedenen Verwendungszwecke für zusätzliche Mittel zueinander in Konkurrenz stehen, wurde eine zweite Teilgruppe im ifo Bildungsbarometer 2017 vor der Beantwortung der Frage darüber informiert, dass eine Verkleinerung der Schulklassen um drei SchülerInnen in etwa so viel kosten würde, wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro pro Schulklasse anzuschaffen. Die Information verringert die Zustimmung zu Klassenverkleinerungen in dieser Teilgruppe signifikant auf 46%, die Zustimmung zu zusätzlichen Lehrmitteln steigt auf 45% (9% für Lehrergehälter).<sup>7</sup> Eine dritte Teilgruppe erhielt dieselbe Information und wurde gebeten, sich jeweils konkret zwischen einer Verkleinerung der Schulklassen um drei bzw. zehn SchülerInnen und den jeweiligen kostenneutralen Alternativen zu entscheiden. Bei der Option einer Klassenverkleinerung um zehn SchülerInnen spricht sich auch in dieser Teilgruppe knapp die Hälfte (48%) für kleinere Klassen aus (44% für Lehrmittel, 7% für Lehrergehälter). Geht es hingegen um eine Klassenverkleinerung um drei SchülerInnen, sprechen sich nur mehr 38% für kleinere Klassen aus,

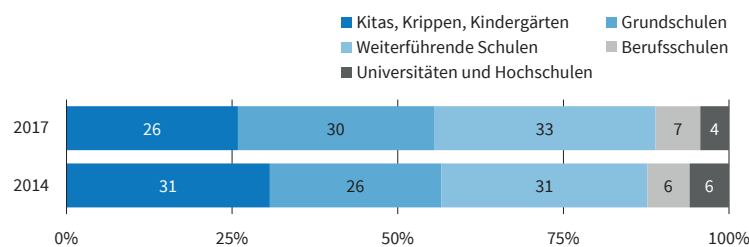
zusätzliche Mittel in diesem Bereich verwendet werden sollten. In jedem Befragungsjahr wurden die TeilnehmerInnen gebeten, sich zwischen drei häufig diskutierten Möglichkeiten zu entscheiden: der Verkleinerung der Klassengrößen, der Erhöhung der Lehrergehälter oder der Anschaffung von neuen Lehrmitteln, wie zum Beispiel Computer und Schulbücher. 2014 hatten sich noch 64% für kleinere Schulklassen, 32% für zusätzliche Lehrmittel und 4% für höhere Lehrergehälter ausgesprochen. Bis 2017 ist die Zustimmung zu Klassenverkleinerungen auf 53% gesunken, die Zustimmung zu

<sup>7</sup> Eine weitere Teilgruppe wurde gebeten, die angegebenen Werte in dafür vorgesehene Eingabefelder einzutragen, um sicherzustellen, dass die Befragten die Information auch verinnerlicht haben. Die Ergebnisse unterscheiden sich nicht signifikant von denen der zweiten Teilgruppe.

Abb. 13

**Welcher Bildungsbereich sollte von zusätzlichen Geldern profitieren?**

Recht stabile Präferenz für frühe Bereiche



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Nun stellen Sie sich vor, dass der Staat eine Erhöhung der Bildungsausgaben plant. Wenn nur ein Bildungsbereich von dieser Erhöhung profitieren könnte, welcher Bereich sollte das Ihrer Meinung nach sein?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2017.

© ifo Institut

stattdessen sind 48% für zusätzliche Lehrmittel im entsprechenden Kostenumfang (13% für höhere Lehrergelälter). Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, dass Informationen über die tatsächlichen Kosten der Optionen die Zustimmung zu kleineren Klassen deutlich zugunsten anderer Alternativen senken und dass die konkrete Ausgestaltung der Optionen entscheidend für deren Akzeptanz ist. Die Beobachtung, dass sich eine relative Mehrheit für eine beträchtliche Klassengrößenverkleinerung um zehn SchülerInnen findet, nicht jedoch für eine Verkleinerung um drei SchülerInnen, deutet darauf hin, dass Klassengrößenverkleinerungen erst dann beliebt sind, wenn sie sich in einem fiskalisch kaum vertretbaren Rahmen befinden – denn schon eine Verkleinerung der Klassen um drei SchülerInnen würde die staatlichen Ausgaben um rund 15% erhöhen.

**Bildungsreformen**

Neben den beschriebenen Meinungstrends zu Bildungsausgaben zeigt der Vergleich über die Jahre weitere interessante Entwicklungen in den Präferenzen zu verschiedenen Reformvorschlägen. Ein zentrales Thema im Schulbereich ist die Verbesserung der Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse zwischen den Bundesländern. In diesem Zusammenhang hat sich im ifo Bildungsbarometer 2014 eine überwältigende Mehrheit von 86% für deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur ausgesprochen (vgl. Abb. 15). Im Folgejahr zeigte sich zusätzlich, dass sich auch für einheitliche Abschlussprüfungen zum Haupt- bzw. Realschulabschluss hohe Zustimmungsraten von 82% bzw. 85% fanden, 86% sprachen sich wiederum für einheitliche Abiturprüfungen aus. Diese Anteile sind in der diesjährigen Befragung sogar noch weiter angestiegen, auf 87% beim Hauptschulabschluss und jeweils 91% beim Realschulabschluss und beim Abitur. Zwei Drittel der Deutschen sind mittlerweile sogar »sehr dafür«, deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur einzuführen.

Ein weiteres Bildungsthema, das in den letzten Jahren hitzig diskutiert wurde, ist die Dauer der Gymnasialzeit. Während in den vergangenen Jahren

die Gymnasialzeit in den meisten Bundesländern von neun (G9) auf acht Jahre (G8) verkürzt wurde, sind mittlerweile wieder mehrere Bundesländer zu G9 oder zu Mischformen mit Wahlfreiheit zurückgekehrt. Diese Rückkehr steht im Einklang mit der mehrheitlichen Ablehnung des G8 in der deutschen Bevölkerung: In der diesjährigen Befragung sprechen sich 60% gegen das G8 aus, nur 26% sind dafür. Im Vergleich zu 2014, als 56% dagegen und 30% dafür waren, hat sich die Ablehnung des G8 noch leicht verstärkt.

Eine weitere Frage ist, ob Lehrkräfte verbeamtet werden sollten. Obwohl derzeit im Großteil der Bundesländer die meisten Lehrkräfte verbeamtet sind, sprechen sich 54% der Bevölkerung gegen die Verbeamtung von LehrerInnen aus, 30% sind dafür. 2014 sprachen sich etwas weniger Befragte für die Verbeamtung aus, 2015 etwas mehr, wobei durchgehend eine absolute Mehrheit gegen die Verbeamtung bestand.

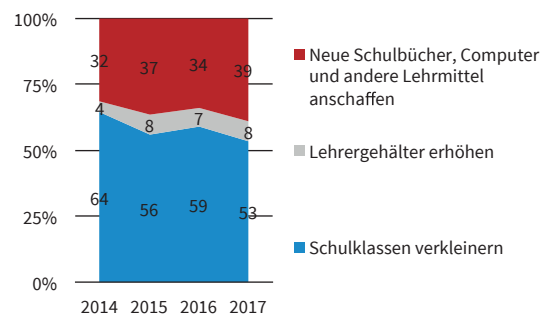
Ein Vorschlag, um die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für benachteiligte Jugendliche zu verbessern, besteht darin, zusätzlich zu den Berufen mit dreijähriger Ausbildungsdauer auch weniger anspruchsvolle zweijährige Ausbildungsberufe für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten einzuführen. Während sich im ifo Bildungsbarometer 2014 noch 48% für die Einführung derartiger Ausbildungsberufe ausgesprochen hatten (38% waren dagegen), sind in der diesjährigen Befragung nur noch 44% dafür, 45% sind dagegen.

In den letzten Jahren sind die Anfängerzahlen im dualen System der Berufsausbildung stetig gesunken, während der Anteil eines Jahrgangs, der ein Studium aufnimmt, gestiegen ist. Gleichwohl ist die deutsche Studienquote im Vergleich der entwickelten Länder weiterhin eher gering. Unter den Befragten des ifo Bil-

Abb. 14

**Wofür sollten zusätzliche Gelder im Schulsystem verwendet werden?**

Wunsch nach kleineren Klassen sinkt zugunsten von Lehrmitteln



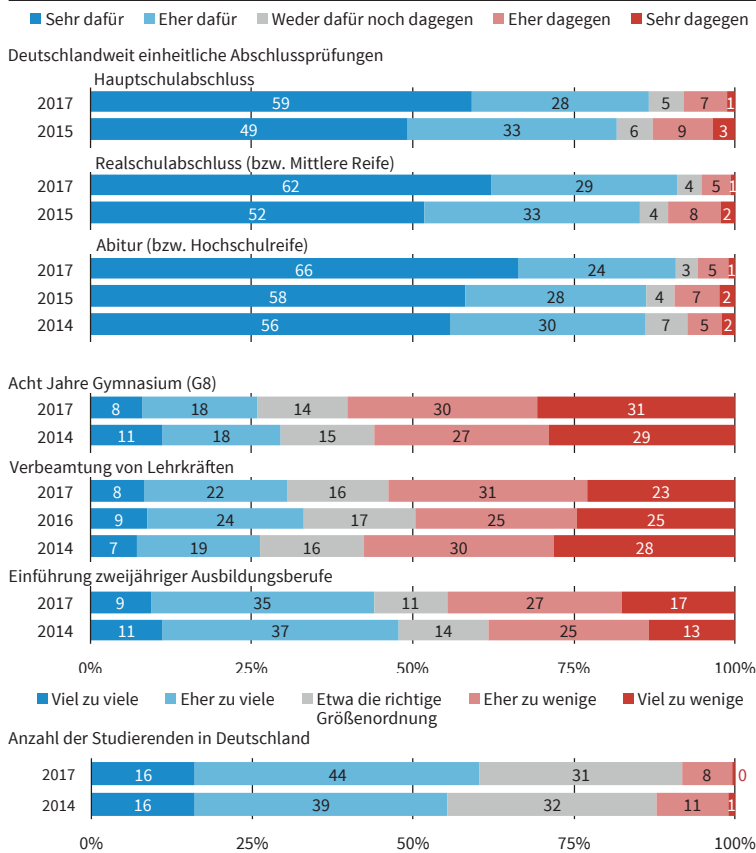
Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Für welche der folgenden Möglichkeiten sind Sie? Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017.

© ifo Institut

Abb. 15

**Hat sich die Meinung der Deutschen zu verschiedenen Bildungsreformen geändert?**  
Zustimmung zu deutschlandweiten Abschlussprüfungen nochmals gestiegen, G8 weiter abgelehnt



**Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen** Sind Sie dafür oder dagegen, dass bei folgenden Schulabschlüssen deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen eingeführt werden? (2015 und 2017) / Was meinen Sie, sollten deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur eingeführt werden? (2014)

**Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Acht Jahre Gymnasium (G8)** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler ihr Abitur üblicherweise nach acht Jahren Gymnasium (G8) statt nach neun Jahren Gymnasium (G9) machen?

**Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Verbeamtung von Lehrkräften** Im Großteil der Bundesländer sind die meisten Lehrkräfte zurzeit Beamte, während in anderen Bundesländern die meisten Lehrkräfte Angestellte sind. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet werden?

**Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Einführung zweijähriger Ausbildungsberufe** In Deutschland dauert die Berufsausbildung in der Regel drei Jahre. Sind Sie dafür oder dagegen, zusätzlich weniger anspruchsvolle zweijährige Ausbildungsberufe für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten einzuführen?

**Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Anzahl der Studierenden in Deutschland** Was denken Sie über die Anzahl der Personen, die derzeit in Deutschland ein Studium aufnehmen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017. © ifo Institut

dungsbarometers 2017 sind 60% der Meinung, dass derzeit (viel oder eher) zu viele Personen in Deutschland ein Studium aufnehmen, nur 8% denken, es seien (viel oder eher) zu wenige. Im Vergleich zu 2014 ist die Skepsis in Bezug auf die Zahl der Studienanfänger angestiegen: Damals hielten 55% die Zahl für zu hoch und 12% für zu niedrig.

**STABILE MEINUNGEN IN VIELEN THEMENBEREICHEN**

Die diesjährige Befragung hat gezeigt, dass – im Gegensatz zu den meisten bisher angesprochenen Themen-

bereichen – die Meinung der Deutschen bei vielen Fragen relativ unverändert geblieben ist. Zu diesen Themenbereichen mit stabilen Meinungen kommen wir in diesem Abschnitt.

**Allgemeine Bildungsthemen**

Für Politiker spielt die bildungspolitische Meinung der Bevölkerung nicht zuletzt im Hinblick auf Wahlen eine wichtige Rolle. Wir haben deshalb seit 2015 erfragt, wie wichtig bildungspolitische Themen für die persönliche Wahlentscheidung sind. In allen drei Befragungsjahren gibt ein recht konstanter Anteil von fast drei Viertel (72% im Jahr 2017) der Befragten an, dass Schul- und Bildungspolitik (sehr oder eher) wichtig für ihre Wahlentscheidung bei Landtagswahlen ist (vgl. Abb. 16).

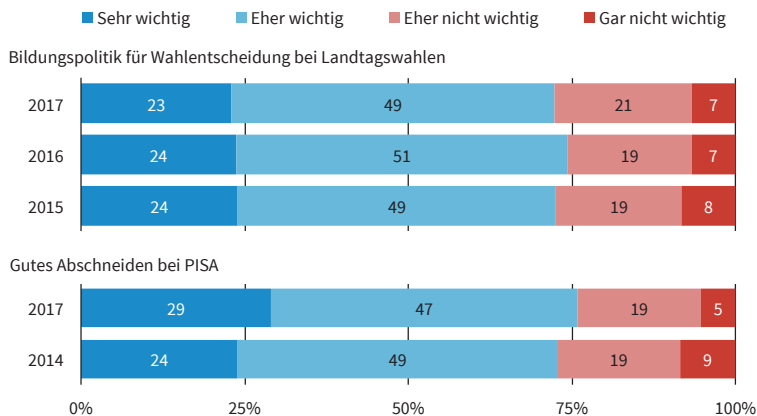
Den Befragten ist nicht nur Bildungspolitik an sich wichtig, sondern auch das konkrete Abschneiden der SchülerInnen in Form von guten Schülerleistungen. Alle drei Jahre nehmen deutsche SchülerInnen am internationalen PISA-Test teil, die neuesten Ergebnisse wurden im vergangenen Dezember veröffentlicht. Wie schon vor drei Jahren ist es für etwa drei Viertel der Befragten (76% im Jahr 2017) sehr oder eher wichtig, dass Deutschland beim PISA-Test im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet. Dieser Anteil ist im Vergleich zu 2014 sogar noch leicht angestiegen – von PISA-Müdigkeit kann in der deutschen Bevölkerung also keine Rede sein.

Die Frage, inwieweit Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen die gleichen Chancen im Bildungssystem haben wie Kinder aus besseren Verhältnissen, ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil Bildungsungleichheit den Grundstein für spätere Ungleichheiten etwa im Erwerbseinkommen legt. Im ifo Bildungsbarometer 2016 und 2017 wurden die TeilnehmerInnen gefragt, ob die Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen im deutschen Bildungssystem ihrer Meinung nach ein ernsthaftes Problem ist. Ein konstanter Anteil von mehr als der Hälfte der Befragten (55% im Jahr 2017) sieht Chancenungleichheit als ein ernsthaftes oder sehr ernsthaftes Problem

Abb. 16

**Wie wichtig ist den Deutschen Bildung?**

Gleichbleibend hohe Bedeutung für Wahlentscheidung, gutes Abschneiden bei PISA weiter wichtig



Frage 1:

**Bildungspolitik für Wahlentscheidung bei Landtagswahlen** Wie wichtig ist das Thema Schul- und Bildungspolitik für Ihre persönliche Wahlentscheidung bei Landtagswahlen?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Gutes Abschneiden bei PISA** Deutsche Schülerinnen und Schüler nehmen regelmäßig am internationalen PISA-Test teil. Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass Deutschland beim PISA-Test im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017.

© ifo Institut

an (vgl. Abb. 17).<sup>8</sup> Eine Teilgruppe der Befragten wurde jeweils darüber informiert, dass laut einer Bildungsstudie die Mathematikleistungen von 15-jährigen SchülerInnen aus schwierigen sozialen Verhältnissen im Durchschnitt etwa vier Schuljahre hinter den Mathematikleistungen von Gleichaltrigen aus guten sozialen Verhältnissen zurückliegen.<sup>9</sup> In der so informierten Teilgruppe liegt der Anteil derer, die Bildungsungleichheit für ein ernsthaftes Problem halten, mit 68% in den Jahren 2016 und 2017 nochmals deutlich höher.

**Frühkindliche Bildung**

Frühkindliche Einrichtungen wie Krippen, Kindertagesstätten und Kindergärten sind für die meisten Kinder der erste direkte Kontakt zum Bildungssystem. Derzeit können die Eltern entscheiden, ob ihre Kinder in den Kindergarten gehen oder nicht. Entgegen dieser Praxis spricht sich eine Zweidrittelmehrheit der Deutschen (66% im Jahr 2017) für eine Kindergartenpflicht ab einem Alter von vier Jahren aus, nur 24% sind dagegen

<sup>8</sup> Im ifo Bildungsbarometer 2017 wurde diese Frage zweimal gestellt. Das hier berichtete Ergebnis von 55%, die die Chancengleichheit als ernsthaftes Problem ansehen, bezieht sich auf die im Fragebogen an 30. Stelle gestellte Frage. Bei der als erste Frage im Fragebogen gestellten Version liegt der Anteil mit 62% noch höher.

<sup>9</sup> Vergleich der sozial niedrigsten und höchsten 10% der Bevölkerung, Datenquelle: Berechnungen des ifo Instituts anhand des ESCS-Indexes des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status mit den Mikrodaten des PISA-2012-Tests.

(vgl. Abb. 18). Im ifo Bildungsbarometer 2014 fiel die Zustimmung zu verpflichtendem Kindergartenbesuch ab einem gewissen Alter sehr ähnlich aus.<sup>10</sup>

Verschiedene Studien zeigen, dass Investitionen in die frühkindliche Bildung von Kindern aus sozial schwachen Verhältnissen zu mehr Chancengleichheit im Bildungssystem führen können. Um die Effekte dieser Information auf die Meinung der Deutschen zu untersuchen, wurden im ifo Bildungsbarometer 2017 neben der Teilgruppe, die die Frage nach der Kindergartenpflicht ohne Information beantwortet hat, drei weitere Teilgruppen gebildet. Der zweiten Teilgruppe wurde gesagt, dass eine aktuelle Studie zeigt, dass die Teilnahme am Kindergarten die späteren Chancen für

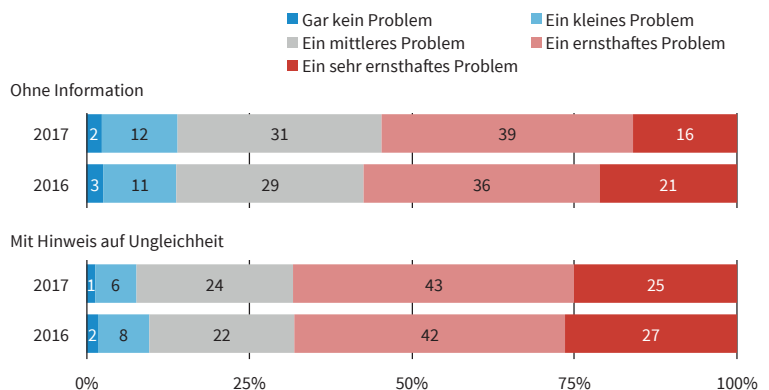
Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen stark verbessert, während gleichzeitig gerade diese Kinder von ihren Eltern weniger häufig zum Kindergarten angemeldet werden (vgl. Cornelissen et al. 2017). Die dritte Teilgruppe wurde (wie schon bei der Frage nach der Bildungsungleichheit) vor Beantwortung der Frage darüber informiert, dass 15-jährige SchülerInnen aus schwierigen sozialen Verhältnissen in ihren Mathema-

<sup>10</sup> Im ifo Bildungsbarometer 2016 wurde ebenfalls die Meinung zur Kindergartenpflicht ab vier Jahren erfragt. Allerdings wurde die Fragen in eine Fragenbatterie eingebettet und nicht wie 2014 und 2017 als Einzelfrage gestellt. 64% sprachen sich 2016 für eine verpflichtende Kindertageteilnahme aus, 23% waren dagegen.

Abb. 17

**Halten die Deutschen ungleiche Chancen im Bildungssystem für problematisch?**

Mehrheit sieht Ungleichheit der Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen weiterhin als ernsthaftes Problem



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

**Ohne Information [Mit Hinweis auf Ungleichheit]** [Zahlreiche Studien zeigen, dass Bildungserfolg im frühkindlichen, schulischen und universitären Bereich stark damit zusammenhängt, aus welchen sozialen Hintergründen und familiären Einkommensverhältnissen die Kinder und Jugendlichen kommen. Zum Beispiel hat eine Bildungsstudie gezeigt, dass die Mathematikleistungen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern aus schwierigen sozialen Verhältnissen im Durchschnitt etwa vier Schuljahre hinter den Mathematikleistungen von jenen aus guten sozialen Verhältnissen zurückliegen (Vergleich der sozial niedrigsten und höchsten 10% der Bevölkerung).] Was meinen Sie, ist Ungleichheit von Chancen für Kinder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen im deutschen Bildungssystem ein ernsthaftes Problem?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016; 2017.

© ifo Institut

## Kasten 3

**Informationseffekte halten auch nach mehreren Wochen an**

Eine zentrale Fragestellung des ifo Bildungsbarometers ist, wie sich Informationsbereitstellung auf die öffentliche Meinung zu Bildungsthemen auswirkt. Dazu werden die Befragten bei einigen Fragen per Zufall auf zwei bis vier Teilgruppen aufgeteilt, wobei eine Gruppe die jeweilige Frage ohne Informationen beantwortet und die anderen Gruppen direkt bei der Beantwortung relevante Informationen erhalten. Beispielsweise hat eine Teilgruppe bei der Frage nach Studiengebühren Informationen über den Verdienst von Personen mit und ohne Hochschulstudium erhalten (vgl. Abb. 20). Während wir durch den Vergleich der Teilgruppen in den vergangenen Jahren eine Reihe von interessanten Informationseffekten identifizieren konnten, war bislang unklar, wie langlebig diese Effekte sind.

Um zu testen, ob die Informationseffekte über einen längeren Zeitraum anhalten, wurden im Zuge der diesjährigen Befragung 2 358 Personen etwa eine bis fünf Wochen nach der Hauptbefragung wiederbefragt (vgl. Kasten 1 für methodische Details). Die Wiederbefragung beinhaltete eine Reihe von Fragen der Hauptbefragung ohne Informationsbereitstellung. Der Vergleich der Wiederbefragungsantworten von Personen, die in der Hauptbefragung Informationen bzw. keine Informationen erhalten haben, gibt somit Aufschluss über die Langlebigkeit der Informationseffekte.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Informationseffekte über einen längeren Zeitraum bestehen können. So stehen etwa Personen, die in der Hauptbefragung über den Verdienstunterschied mit und ohne Hochschulabschluss informiert wurden, auch in der Wiederbefragung Studiengebühren signifikant positiver gegenüber als Personen in der uninformierten Teilgruppe. Ähnlich persistente Effekte finden sich bei den Fragen nach der Chancengleichheit (vgl. Abb. 17) und der Kindergartenpflicht (vgl. Abb. 18), nicht hingegen bei den Bildungsausgaben (vgl. Abb. 8). In allen Bereichen finden sich signifikante langlebige Effekte darauf, wie sicher sich die Wiederbefragten bei der Schätzung der jeweiligen Informationen sind.

Die Wiederbefragung erlaubt es zudem, die Stabilität von Meinungen innerhalb der Befragten zu untersuchen. Für die vier wiederholten Fragen mit jeweils fünf Antwortkategorien finden wir für Personen in der uninformierten Teilgruppe im Durchschnitt, dass 57% in der Haupt- und in der Wiederbefragung dieselbe Antwort geben. 32% bzw. 9% weichen um eine bzw. zwei Antwortkategorien ab, weniger als 3% weichen um mehr als zwei Kategorien ab. Für die Frage nach Bildungsaspiration geben 82% den gleichen angestrebten Abschluss an. Die individuellen Meinungen scheinen also über die Zeit recht stabil zu sein.

Zusammenfassend unterstreicht die Langlebigkeit der Effekte die Relevanz unserer bisherigen Befunde zu den Auswirkungen von Informationen auf die öffentliche Meinung. Sie zeigt vor allem, dass Informationsbereitstellung in Befragungen Meinungsbilder längerfristig verändern kann und nicht nur kurzfristige »Schocks« auslöst, die nach Abschluss der Umfrage wieder verschwinden.

tikleistungen etwa vier Schuljahre hinter gleichaltrigen SchülerInnen aus guten sozialen Verhältnissen zurückliegen. Die vierte Teilgruppe erhielt beide Informationen. Die Informationen steigerten die Zustimmung zur Kindergartenpflicht nochmals deutlich: In der zweiten und dritten Teilgruppe ist sie mit 71% bzw. 74% deutlich höher als in der uninformierten Teilgruppe, nur 19% bzw. 18% sind dagegen. Noch deutlicher fällt die Zustimmung aus, wenn beide Informationen zusammen gegeben werden: In der vierten Teilgruppe sind 80% für eine Kindergartenpflicht, nur 13% sind dagegen.

Im Unterschied zu öffentlichen Schulen und Universitäten, die in Deutschland gebührenfrei sind, müssen Eltern für den Besuch frühkindlicher Einrichtungen in der Regel Gebühren entrichten. Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist im ifo Bildungsbarometer 2017 für eine Änderung dieses Status quo: 81% sind dafür, dass der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, damit alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können, nur 13% sind dagegen. Bereits 2014 war die Zustimmung zu kostenfreien Kindergärten ähnlich ausgefallen.

Ein weiteres wichtiges Thema im frühkindlichen Bereich sind die Gehälter von ErzieherInnen. Der Kita-Tarifstreit erreichte Anfang Mai 2015 mit einem mehrwöchigen Streik der ErzieherInnen seinen Höhepunkt. Zu diesem Zeitpunkt unterstützte die überwiegende Mehrheit der Deutschen im ifo Bildungsbarometer 2015 die Forderung der ErzieherInnen nach Gehaltserhöhungen: 79% sprachen sich dafür aus, dass die Gehälter der ErzieherInnen steigen oder stark steigen. Auch 2017 fiel die Zustimmung zu höheren ErzieherInnengehältern mit 77% nur geringfügig niedriger aus.<sup>11</sup>

**Schulen**

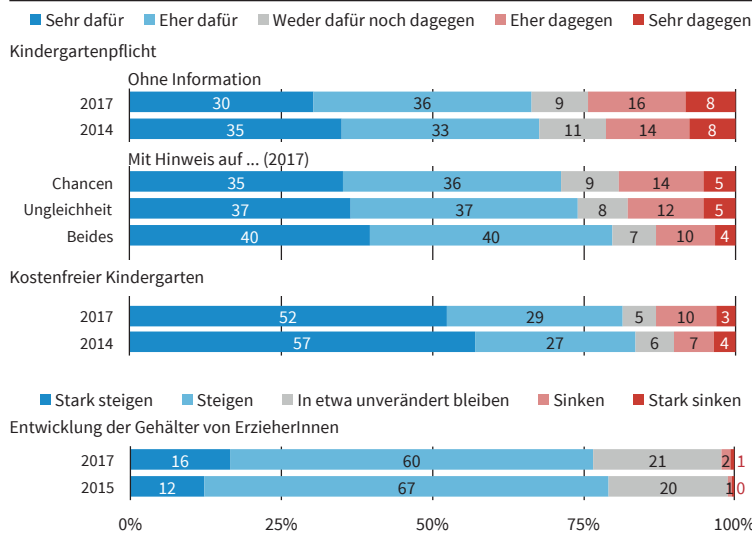
Auch im Schulbereich finden sich bei einigen Themstellungen recht stabile Meinungsbilder über die Befragungsjahre. So stehen die Deutschen dem Thema Inklusion, also dem gemeinsamen Unterricht von Kin-

<sup>11</sup> Im diesjährigen ifo Bildungsbarometer wurde diese Frage nur der Online-Stichprobe gestellt. Um sicherzustellen, dass die berichteten Antworten repräsentativ für die erwachsene Gesamtbevölkerung in Deutschland sind, wurden die Online-Beobachtungen entsprechend gewichtet.

Abb. 18

**Was meinen die Deutschen zu Themen der frühkindlichen Bildung?**

Deutliche Mehrheiten für verpflichtenden und kostenfreien Kindergarten sowie für höhere Gehälter für ErzieherInnen



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Kindergartenpflicht – Ohne Information** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder ab dem Alter von 4 Jahren verpflichtet sind, in den Kindergarten zu gehen?

**Kindergartenpflicht – Mit Hinweis auf Chancen [Mit Hinweis auf Ungleichheit] [Mit Hinweis auf beides]** Eine aktuelle Studie zeigt, dass die Teilnahme am Kindergarten die späteren Chancen für Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen stark verbessert. Gleichzeitig werden gerade diese Kinder von ihren Eltern weniger häufig zum Kindergarten angemeldet. [Zahlreiche Studien zeigen, dass Bildungserfolg im frühkindlichen, schulischen und universitären Bereich stark damit zusammenhängt, aus welchen sozialen Hintergründen und familiären Einkommensverhältnissen die Kinder und Jugendlichen kommen. Zum Beispiel hat eine Bildungsstudie gezeigt, dass die Mathematikleistungen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern aus schwierigen sozialen Verhältnissen im Durchschnitt etwa vier Schuljahre hinter den Mathematikleistungen von jenen aus guten sozialen Verhältnissen zurückliegen (Vergleich der sozial niedrigsten und höchsten 10 Prozent der Bevölkerung).] [Beide vorangegangenen Hinweise wurden den Befragten gezeigt.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder ab dem Alter von 4 Jahren verpflichtet sind, in den Kindergarten zu gehen?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Kostenfreier Kindergarten** Wären Sie dafür oder dagegen, dass der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, damit alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können?

Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Entwicklung der Gehälter von ErzieherInnen** Was meinen Sie, sollten die Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern in frühkindlichen Einrichtungen (wie Kindergärten, Kindertagesstätten oder Kinderkrippen) in Deutschland steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2015; 2017.

© ifo Institut

dern mit und ohne Behinderung, weiterhin eher positiv gegenüber: Im Jahr 2014 waren 59% der Befragten dafür und 31% dagegen, dass SchülerInnen mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche gemeinsam in einer Schulklasse unterrichtet werden, in der diesjährigen Befragung sind 56% dafür und 34% dagegen (vgl. Abb. 19).

Auch die Bedeutung von Leistungsorientierung in den Schulen hat sich in den vergangenen Jahren nicht wesentlich verändert. So sprechen sich in diesem Jahr 79% gegen die Abschaffung von Schulnoten aus, nur 15% sind dafür. Ganz ähnlich sah das Meinungsbild bereits 2014 aus. Gleichzeitig spricht sich die überwiegende Mehrheit von 83% in der diesjährigen Befragung dafür aus, dass SchülerInnen mit schlechten Leistungen die Klasse wiederholen müssen. Dies ist gegenüber dem Anteil von 77% im Jahr 2014 sogar noch ein leichter Anstieg.

Der Ausbau von Ganztagschulen ist eines der zentralen Bildungsprojekte der letzten Jahre. Eine

stabile Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt dieses Vorhaben: 2017 sprechen sich 59% der Befragten dafür aus, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind, 31% sind dagegen. Ganz ähnliche Anteile fanden sich bereits in den Jahren 2014 und 2015.

Am Ende der Grundschulzeit entscheidet in manchen Bundesländern der Notendurchschnitt darüber, welche Art der weiterführenden Schulen (z.B. Realschule oder Gymnasium) ein Kind besucht. In anderen Bundesländern liegt die Entscheidung bei den Eltern. Die Deutschen sprechen sich deutlich für die erste Option aus: Im ifo Bildungsbarometer 2017 sind – ähnlich wie bereits 2015 – 64% dafür, dass die Schulnoten entscheiden, auf welche weiterführende Schulart ein Kind geht, nur 28% sind dagegen.

**Studiengebühren**

Eine durchaus kontrovers diskutierte Bildungsreform der vergangenen Jahre war die Einführung und spätere Wiederabschaffung von Studiengebühren an öffentlichen Universitäten und Hochschulen. Wie schon in den Befragungen der Vorjahre findet sich in

der deutschen Bevölkerung auch im diesjährigen ifo Bildungsbarometer weder eine absolute Mehrheit für noch gegen den Vorschlag, dass Studierende einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen: 43% sind dafür, 46% dagegen (vgl. Abb. 20). Diese Anteile sind über die vier Befragungsjahre sehr stabil, lediglich im zustimmenden Anteil ist gegenüber 2014 (40%) ein leichter Anstieg zu erkennen.

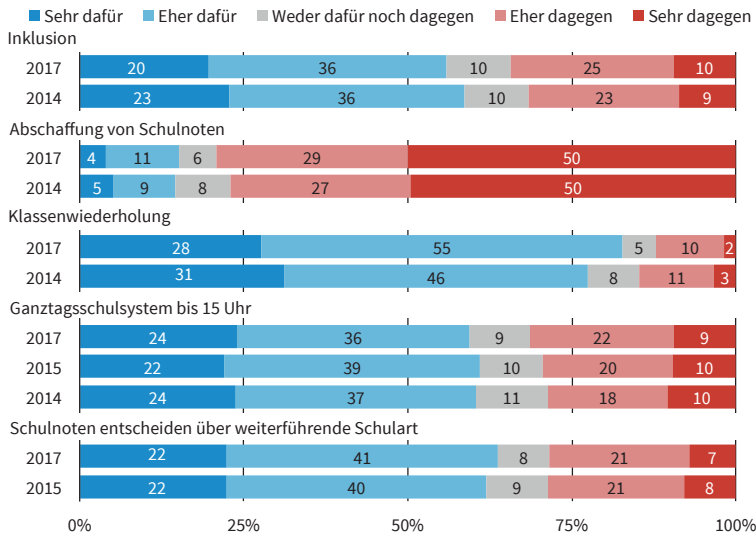
Im ifo Bildungsbarometer 2017 wurde eine Teilgruppe der Befragten darüber informiert, dass Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium derzeit durchschnittlich etwa 2 750 Euro netto im Monat verdienen, Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung (Lehre) etwa 1 850 und Personen ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung etwa 1 400 (Datenquelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2013; Berechnungen des ifo Instituts). In den beiden Vorjahren wurden ebenfalls Teilgruppen über die Durchschnittsverdienste von Personen mit unterschiedli-



Abb. 19

**Was meinen die Deutschen zum Schulsystem?**

Seit 2014 stabile Mehrheiten für Inklusion, Schulnoten, Klassenwiederholung und Ganztagssschulen



**Frage 1 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Inklusion** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche gemeinsam in einer Schulklasse unterrichtet werden?  
**Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Abschaffung von Schulnoten** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schulnoten abgeschafft werden?  
**Frage 3 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Klassenwiederholung** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler mit schlechten Leistungen die Klasse wiederholen müssen?  
**Frage 4 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Ganztagssschulsystem bis 15 Uhr** Sind Sie dafür oder dagegen, dass Deutschland generell zu einem Ganztagssschulsystem wechselt, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind?  
**Frage 5 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):**  
**Schulnoten entscheiden über weiterführende Schulart** In manchen Bundesländern entscheidet der Notendurchschnitt am Ende der Grundschulzeit darüber, welche Art der weiterführenden Schule (zum Beispiel Realschule oder Gymnasium) ein Kind besucht. In anderen Bundesländern liegt diese Entscheidung bei den Eltern. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Schulnoten entscheiden, auf welche weiterführende Schulart ein Kind geht?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014; 2015; 2017. © ifo Institut

chen Bildungsabschlüssen informiert.<sup>12</sup> In allen drei Befragungsjahren spricht sich eine relative Mehrheit der informierten Teilgruppen für Studiengebühren aus: 2014 (2015) waren 48% (50%) dafür und 37% (39%) dagegen, in der diesjährigen Befragung ist sogar eine knappe absolute Mehrheit von 50% dafür, 38% sind dagegen.

Eine alternative Form von Studiengebühren sind nachgelagerte Studiengebühren, die etwa in Australien und England üblich sind. Diese Gebühren müssen erst nach Abschluss des Studiums bezahlt werden und nur dann, wenn das Einkommen der AbsolventInnen einen gewissen Schwellenwert übersteigt. In jeder Befragungswelle spricht sich eine absolute Mehrheit der Deutschen für diese alternative Form von Studiengebühren aus. 2017 waren 65% dafür und 23% dagegen. Diese Zustimmungsrate ist sehr ähnlich zu der im

<sup>12</sup> 2014 erhielt eine Teilgruppe der Befragten die Information, dass Personen mit abgeschlossenem Studium Jahr für Jahr durchschnittlich rund 40% mehr verdienen als Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Datenquelle: Berechnung anhand der PIAAC-Daten). Im ifo Bildungsbarometer 2015 wurde eine Teilgruppe über folgende monatliche Durchschnittsverdienste (netto) informiert: abgeschlossenes Studium: 2 450 Euro; abgeschlossene berufliche Ausbildung (Lehre): 1 850 Euro; keine abgeschlossene Ausbildung: 1 400 Euro (Berechnung anhand des Mikrozensus 2012).

Jahr 2014, als die Frage zu nachgelagerten Studiengebühren ebenfalls direkt im Anschluss an die Frage zu herkömmlichen Studiengebühren gestellt wurde. In den Jahren 2015 und 2016, in denen die beiden Fragen jeweils einzeln einer Teilgruppe gestellt wurden, lag die Zustimmung mit 59% bzw. 58% leicht niedriger.

**DIE BILDUNGSASPIRATION DER DEUTSCHEN**

Abschließend berichten wir noch über einige weitere Themen im ifo Bildungsbarometer 2017. Derzeit haben etwa 57% der Deutschen einen beruflichen Ausbildungsabschluss (Lehre oder Fach-/Meisterschule), während 16% einen Hochschulabschluss haben (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016). Um herauszufinden, welchen Bildungsabschluss die Deutschen bevorzugen, wurden die TeilnehmerInnen nach dem präferierten Bildungsabschluss für ihre (hypothetischen) Kinder befragt – unabhängig davon, ob sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss diese haben oder wahrscheinlich später einmal machen werden. Bei der Frage, welcher Bildungsabschluss der persönlichen Idealvorstellung für ihr Kind entspricht, bevorzugen 51% einen beruflichen Ausbildungsabschluss (Lehre), 49% bevorzugen einen Hochschulabschluss (vgl. Abb. 21). Im Vergleich zur letztjährigen Befragung ist der Wunsch nach einem Hochschulabschluss deutlich gestiegen: Damals wünschten sich 57% einen beruflichen Abschluss (Lehre) und 43% einen Hochschulabschluss.

Das Antwortverhalten unterscheidet sich stark nach dem eigenen Bildungsabschluss der Befragten: Während sich eine große Mehrheit der Akademiker einen Hochschulabschluss für ihr Kind wünscht (81%), ist dieser Anteil unter den Nicht-Akademikern mit 40% deutlich geringer.<sup>13</sup> Ein Erklärungsansatz für diese unterschiedlichen Bildungsbestrebungen könnte eine Überschätzung der Kosten eines Studiums unter den Nicht-Akademikern sein. Um dies zu untersuchen, wurden für diese Frage vier Teilgruppen gebildet. Die

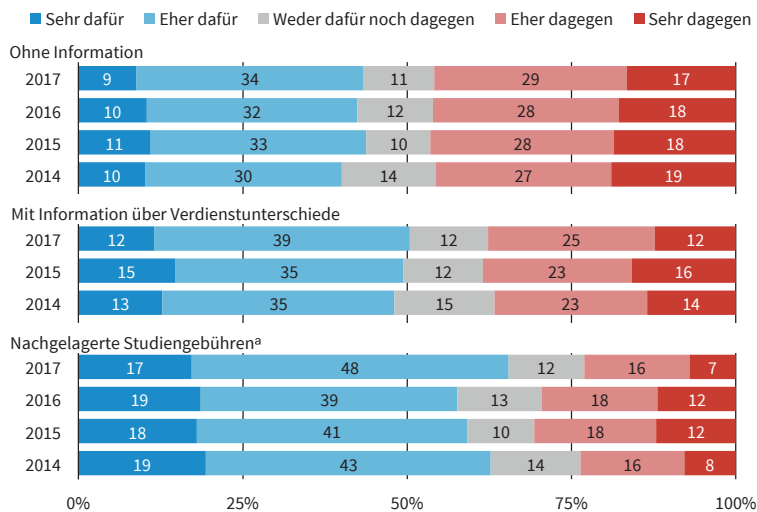
Das Antwortverhalten unterscheidet sich stark nach dem eigenen Bildungsabschluss der Befragten: Während sich eine große Mehrheit der Akademiker einen Hochschulabschluss für ihr Kind wünscht (81%), ist dieser Anteil unter den Nicht-Akademikern mit 40% deutlich geringer.<sup>13</sup> Ein Erklärungsansatz für diese unterschiedlichen Bildungsbestrebungen könnte eine Überschätzung der Kosten eines Studiums unter den Nicht-Akademikern sein. Um dies zu untersuchen, wurden für diese Frage vier Teilgruppen gebildet. Die

<sup>13</sup> Als AkademikerInnen sind hier Personen mit Universitäts- oder (Fach-)Hochschulabschluss und Studierende klassifiziert, als Nicht-AkademikerInnen alle verbleibenden Befragten, also Personen mit Abschlüssen des beruflichen Ausbildungssystems wie einer Lehre oder einer Fach- bzw. Meisterschule, Personen mit einem anderen beruflichen Abschluss, Auszubildende und Personen ohne beruflichen Abschluss. Bei Personen mit mehreren Bildungsabschlüssen zählt der höchste Bildungsabschluss.

Abb. 20

**Sollten Studierende Studiengebühren zahlen?**

Durchgehend klare Mehrheit für Studiengebühren, die nach Berufseinstieg fällig werden



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Ohne Information [Mit Information über Verdienstunterschiede]** Nun kommen wir zum Studium. [Personen mit einem abgeschlossenen Studium verdienen durchschnittlich etwa 2 750 Euro netto im Monat, Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung (Lehre) etwa 1 850 Euro und Personen ohne abgeschlossene Ausbildung etwa 1 400 Euro. (2017) / Personen mit einem abgeschlossenen Studium verdienen durchschnittlich etwa 2 450 Euro netto im Monat, Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Lehre) etwa 1 850 Euro und Personen ohne abgeschlossene Ausbildung etwa 1 400 Euro. (2015) / Personen mit einem abgeschlossenen Studium verdienen Jahr für Jahr durchschnittlich rund 40% mehr als Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Lehre). (2014)] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen?

Frage 2 (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

**Nachgelagerte Studiengebühren** In anderen Ländern gibt es Studiengebühren, die erst nach dem Abschluss des Studiums erhoben werden, wenn die ehemaligen Studierenden Einkommen erzielen. Die Gebühren müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn ihr Jahreseinkommen über einem gewissen Schwellenwert liegt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch diese alternative Form von Studiengebühren tragen?

<sup>a</sup> 2014 und 2017 wurde die Frage zu nachgelagerten Studiengebühren nach der Frage zu herkömmlichen Studiengebühren gestellt, 2015 und 2016 wurden die beiden Fragen jeweils einzeln einer Teilgruppe gestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014–2017.

© ifo Institut

erste Teilgruppe, deren Antwortverhalten oben berichtet wird, beantwortete die Frage ohne weitere Informationen. Die zweite Teilgruppe wurde vor Beantwortung der Frage darüber informiert, dass Studierende in ganz Deutschland derzeit keine Studiengebühren zahlen müssen. Die dritte Teilgruppe erhielt die Information, dass es in Deutschland umfangreiche staatliche Studienförderung (BAföG) gibt, die später höchstens zur Hälfte zurückgezahlt werden muss. Als Beispiel wurde darauf hingewiesen, dass Studierende mit zwei nicht erwerbstätigen Geschwistern, deren Eltern jährlich höchstens 50 000 Euro brutto verdienen, in der Regel monatlich 649 Euro BaföG erhalten. Die vierte Teilgruppe erhielt beide Informationen.

Die bereitgestellten Informationen verringern die Unterschiede in den Bildungsaspirationen nicht. Bei den Nicht-Akademikern erhöht lediglich der Hinweis auf das kostenfreie Studium leicht den Wunsch nach einem Hochschulabschluss (von 40% auf 43%). Bei den Akademikern erhöht hingegen der Hinweis auf die staatliche Förderung den Wunsch nach einem Hochschulabschluss sogar deutlich (von 81% auf 88%), so dass der Unterschied in der Bildungsaspiration in diesem

Fall sogar noch stärker ausfällt. Im letztjährigen ifo Bildungsbarometer wurde dokumentiert, dass Informationen über den höheren durchschnittlichen Verdienst bzw. die niedrigeren Arbeitslosenquoten von Personen mit Hochschulabschluss die Differenz zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern ebenfalls nicht verringern. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass Unterschiede in der Einschätzung ökonomischer Zielgrößen wie Kosten und Erträge des Studiums die Kluft in den Bildungsaspirationen zwischen Personen mit und ohne Hochschulabschluss nicht erklären können.

Eine mögliche alternative, nicht-ökonomische Erklärung dafür, dass sich Befragte überwiegend den eigenen Bildungsabschluss für ihr Kind wünschen, könnte darin bestehen, dass sie befürchten, ein höherer Bildungsabschluss könne zu einer Entfremdung zwischen Eltern und Kind führen. Diese Hypothese haben wir in einer weiteren Frage getestet. Wir haben die Befragten gebeten sich vorzustellen, dass sie heute noch einmal 15 Jahre alt wären, und sie gefragt, welchen Bildungsabschluss sie dann anstreben würden. In der (relativ kleinen) Gruppe derer, die selbst

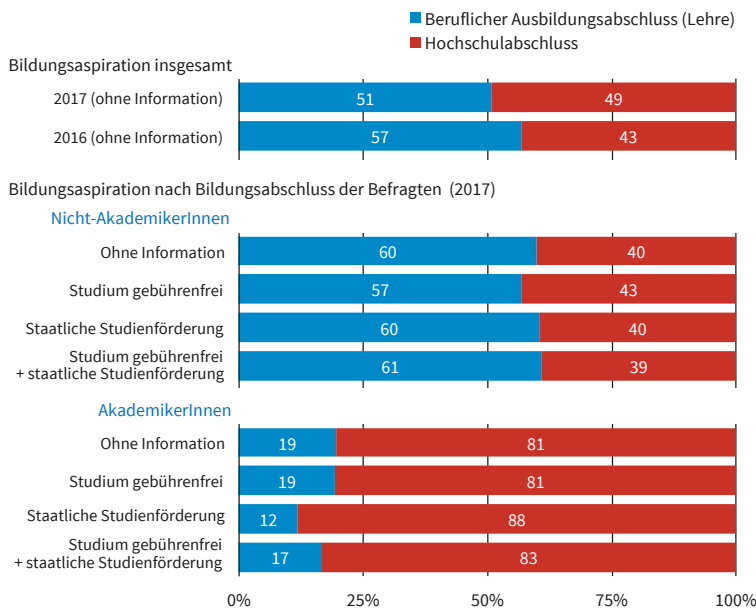
aus einem Akademiker-Elternhaus stammen, gaben 85% derjenigen, die tatsächlich einen Hochschulabschluss gemacht haben, und 70% derjenigen, die tatsächlich keinen Hochschulabschluss gemacht haben, an, dass sie einen Hochschulabschluss anstreben würden (vgl. Abb. 22). In der Gruppe derer, die selbst nicht aus einem Akademiker-Elternhaus stammen, ergibt sich ein ganz ähnlicher Unterschied in der Bildungsaspiration wie in der vorherigen Frage: 83% derjenigen, die tatsächlich einen Hochschulabschluss gemacht haben, würden dies wieder tun, aber nur 44% derjenigen, die keinen Hochschulabschluss gemacht haben, würden ihn nun anstreben.

Unter den Befragten, die nicht aus einem Akademiker-Elternhaus stammen, haben wir zufällig zwei weitere Teilgruppen gebildet, die jeweils einen Hinweis erhielten, bevor sie dieselbe Frage beantworteten. Die eine Teilgruppe wurde darauf hingewiesen, dass viele Menschen, die einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern gemacht haben, später eine größere Entfremdung von ihren Eltern und ihrer Familie empfinden. Die andere Teilgruppe erhielt den Hinweis, dass viele Eltern später stolz sind, wenn ihre Kinder einen höhe-

Abb. 21

**Welchen Bildungsabschluss streben die Deutschen für ihre Kinder an?**

Deutliche Unterschiede nach eigenem Bildungsabschluss der Befragten



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:  
**Bildungsaspiration – Ohne Information** Sehen Sie einmal ganz davon ab, ob Sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss Ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal machen wird. Welcher Bildungsabschluss würde Ihrer persönlichen Idealvorstellung für Ihr Kind entsprechen?  
**Bildungsaspiration – Studium gebührenfrei [Staatliche Studienförderung] {Studium gebührenfrei + staatliche Studienförderung}** Derzeit müssen Studierende in ganz Deutschland keine Studiengebühren zahlen. [In Deutschland gibt es umfangreiche staatliche Studienförderung (BAföG), die später höchstens zur Hälfte zurückgezahlt werden muss. Zum Beispiel erhalten Studierende mit zwei nicht erwerbstätigen Geschwistern, deren Eltern jährlich höchstens 50 000 Euro brutto verdienen, in der Regel monatlich 649 Euro.] [Beide vorangegangenen Hinweise wurden den Befragten gezeigt.] Sehen Sie einmal ganz davon ab, ob Sie Kinder haben bzw. welchen Bildungsabschluss Ihr Kind hat oder wahrscheinlich später einmal machen wird. Welcher Bildungsabschluss würde Ihrer persönlichen Idealvorstellung für Ihr Kind entsprechen?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2016; 2017. © ifo Institut

ren Bildungsabschluss geschafft haben als sie selbst. Unter den Nicht-Akademikern senkt der Hinweis auf die elterliche Entfremdung den Wunsch nach einem Hochschulabschluss weiter von 44% auf 38%. Unter den Akademikern erhöht der Hinweis auf den elterlichen Stolz hingegen den Wunsch nach einem Hochschulabschluss weiter von 83% auf 91%. Diese Ergebnisse legen nahe, dass Überlegungen, welche Bedeutung die Wahl eines Bildungsabschlusses für die Beziehung zu den Eltern hat, in der Tat ein möglicher Grund für die Kluft in den Bildungsaspirationen zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern sein könnten.

**DIE FORMUNG BILDUNGSPOLITISCHER MEINUNGEN**

**Wie sich die Deutschen ihre Meinung zu bildungspolitischen Themen bilden**

Neben der Darstellung des öffentlichen Meinungsbildes zu verschiedenen bildungspolitischen Themen untersucht das ifo Bildungsbarometer 2017 auch, wie sich die Deutschen ihre Meinung bilden. Um einen Einblick in den Meinungsbildungsprozess zu erlangen, sollten die Befragten angeben, wie wichtig ihnen verschiedene Aspekte für ihre Meinungsbildung sind.

An erster Stelle im Meinungsbildungsprozess stehen eigene Erfahrungswerte: Eine große Mehrheit von 69% gibt an, dass Erfahrungen der eigenen Kinder bzw. Enkelkinder für ihre Meinungsbildung (sehr oder eher) wichtig sind (vgl. Abb. 23). Ebenfalls über zwei Drittel der Befragten (67%) finden eigene Erfahrungen aus der Schulzeit wichtig. Die Diskussion mit Bekannten oder Verwandten ist für 60% der Befragten wichtig. Etwas mehr als die Hälfte (54%) gibt an, dass ihr Bauchgefühl wichtig ist.

Meinungen von Experten und Nachrichtenbeiträge sind etwa der Hälfte der Befragten (52% bzw. 51%) wichtig, wenn sie sich ihre Meinung über bildungspolitische Themen bilden. Deutlich weniger relevant für die bildungspolitische Meinungsbildung der Befragten scheinen die Positionen der politischen Parteien zu sein: Nur knapp ein Drittel (32%) stuft Parteipositionen als wichtig ein. Insgesamt höchstens 50% der Befragten scheinen eigene Erfahrungen die bildungspolitischen Meinungen deutlich stärker zu beeinflussen als Informationen von außen.

**Sollten Bildungsreformen vor ihrer Einführung getestet werden?**

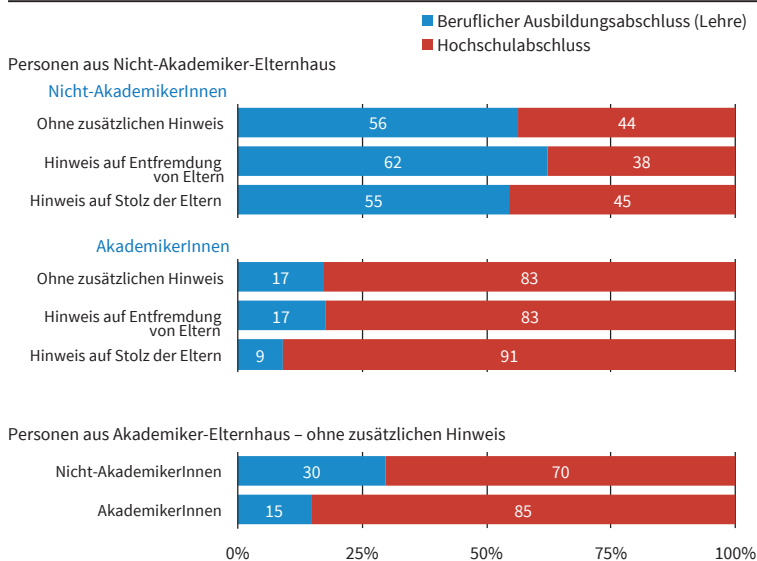
Bevor eine neue bildungspolitische Maßnahme eingeführt wird, stellt sich die Frage, ob die Reform die gewünschten Ergebnisse, wie etwa bessere Schülerleistungen oder höhere Chancengleichheit, erzielt. Die Mehrheit der Deutschen ist dafür, bildungspolitische Maßnahmen zuerst auf deren Wirksamkeit zu überprüfen. Befragt danach, ob Auswirkungen von Reformen im Bildungssystem, genau wie Medikamente, zunächst im kleineren Rahmen getestet werden sollten, bevor sie flächendeckend eingeführt werden, stimmen 75% der Befragten zu (vgl. Abb. 24). Lediglich 15% sprechen sich dagegen aus.

Im Zusammenhang mit dieser Frage haben wir auch untersucht, inwieweit die Verwendung des Wortes »Experiment«, das im wissenschaftlichen Sprachgebrauch die zufällige Einteilung in Untersuchungsgruppen meint, in der öffentlichen Diskussion aber manchmal negativ konnotiert wird, einen Unterschied für die Zustimmung ausmacht. Dazu hat eine zufällig ausgewählte Teilgruppe dieselbe Frage beantwortet, nur dass explizit die Worte »durch Experimente« eingefügt wurden. Dies hat keine signifikante Auswirkung auf die Zustimmung zu Wirksamkeitsstudien im Bil-

Abb. 22

**Welchen Bildungsabschluss würden die Deutschen anstreben, wenn sie noch einmal 15 Jahre alt wären?**

Antworten ändern sich bei Hinweis auf Konsequenzen für Beziehung zu Eltern



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:  
**Ohne zusätzlichen Hinweis [Hinweis auf Entfremdung von Eltern] [Hinweis auf Stolz der Eltern]** [Viele Menschen, die einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern gemacht haben, empfinden später eine größere Entfremdung von ihren Eltern und ihrer Familie.] [Viele Eltern sind später stolz, wenn ihre Kinder einen höheren Bildungsabschluss geschafft haben als sie selbst.] Stellen Sie sich vor, Sie wären heute noch einmal 15 Jahre alt. Welchen Bildungsabschluss würden Sie anstreben?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017. © ifo Institut

dungsbereich. Während also in der politischen Praxis oft Bildungsreformen durchgeführt werden, die im Vorfeld nicht wissenschaftlich evaluiert wurden (wie etwa die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre (G8)), scheint die Mehrheit der Deutschen für einen Paradigmenwechsel hin zu evidenzbasierter Bildungspolitik zu sein (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2016).

**ZUSAMMENFASSUNG**

Das ifo Bildungsbarometer 2017 liefert ein vielschichtiges Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zu bildungspolitischen Themen. Neben bemerkenswerter Reformbereitschaft in Bezug auf die Digitalisierung im Bildungsbereich dokumentiert die diesjährige Befragung, inwieweit sich die öffentliche Meinung zu Bildungsthemen seit dem ersten ifo Bildungsbarometer 2014 verändert hat.

Insgesamt stehen die Deutschen der Digitalisierung im Bildungsbereich offen gegenüber. So sind fast zwei Drittel der Befragten dafür, an weiterführenden Schulen mindestens 30% der Unterrichtszeit für selbständiges

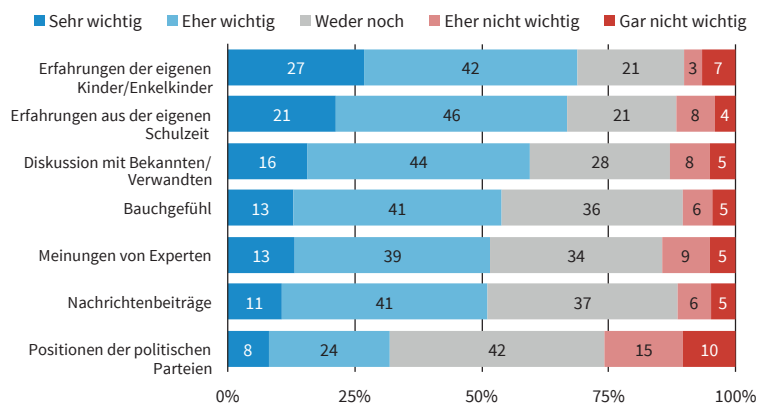
Arbeiten am Computer zu verwenden. Mehrheiten finden sich auch für die Finanzierung einer IT-Infrastruktur an allen Schulen durch den Bund, für die Erschließung digitaler Kommunikationswege zwischen Schule und SchülerInnen bzw. Eltern sowie für verpflichtende Lehrerfortbildungen zum Thema Digital- und Medienkompetenzen. Zudem befürwortet eine Mehrheit der Deutschen, dass Digitalkompetenzen ab dem Grundschulalter vermittelt und dass diese als fester Bestandteil im Unterricht verankert werden. Für die Benutzung von Smartphones im Unterricht spricht sich hingegen nur eine Minderheit aus. Im Aus- und Weiterbildungsbereich befürworten die Deutschen die Anschaffung digitaler Geräte an Ausbildungsstätten sowie staatliche Förderung von Fortbildungsmaßnahmen zur Digitalisierung. Studienabschlüsse, die online erworben wurden, sollen jedoch laut der Befragten explizit

als solche gekennzeichnet werden. Neben den Meinungen zur Digitalisierung zeigt das ifo Bildungsbarometer 2017 auch Meinungstrends zu bildungspolitischen Themen in der deutschen Bevölkerung seit der ersten Befragung 2014 auf. So sind etwa die Zustimmungsraten zur Erhöhung von staatlichen Ausgaben für Schulen und von Lehrergehältern und zur Einführung deutschlandweit einheitlicher Abschlussprüfungen über die Befragungsjahre gestiegen. Im Gegensatz dazu sprechen sich im Vergleich zu den Vorjahren weniger Befragte für eine Erhöhung der

Abb. 23

**Wie bilden sich die Deutschen ihre Meinung über bildungspolitische Themen?**

Eigene Erfahrungen wichtiger als allgemeine Informationen

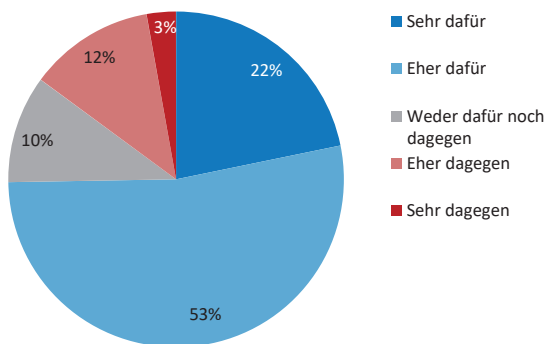


Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:  
 Wie wichtig sind für Sie die folgenden Aspekte, wenn Sie sich Ihre Meinung über bildungspolitische Themen bilden?  
 Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017. © ifo Institut

Abb. 24

### Sollten Reformen vor ihrer Einführung im kleineren Rahmen getestet werden?

Deutliche Mehrheit für Testung vor flächendeckender Einführung



Einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:<sup>a</sup>

Sind Sie dafür oder dagegen, dass Auswirkungen von Reformen im Bildungssystem, genau wie neue Medikamente, zunächst im kleineren Rahmen getestet werden sollten, bevor sie flächendeckend eingeführt werden?

<sup>a</sup> Bei einem Teil der Befragten enthielt die Frage zusätzlich die Phrase »durch Experimente«. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne »durch Experimente« unterscheidet, werden die Ergebnisse hier zusammen dargestellt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2017.

© ifo Institut

Fort- und Weiterbildungsausgaben, für einen Fokus auf kleinere Klassen, für das G8, für höhere Bildungsausgaben pro Flüchtling oder für zweijährige Ausbildungsberufe aus.

Neben diesen Meinungstrends zeigt sich bei vielen Fragen ein über die Zeit stabiles Meinungsbild. So werden die Wichtigkeit bildungspolitischer Themen für die eigene Wahlentscheidung und jene von guten Leistungen deutscher SchülerInnen beim PISA-Test von der überwiegenden Mehrheit gleichbleibend als hoch eingestuft. Im frühkindlichen Bereich sprechen sich unveränderte Mehrheiten für die Einführung einer Kindertagespflicht, kostenfreie Kindergärten und Gehaltserhöhungen für ErzieherInnen aus. Im schulischen Bereich finden sich über die Jahre stabile Zustimmungsraten zur Inklusion, zur Beibehaltung von Schulnoten und von Klassenwiederholungen bei schlechten Leistungen, zu einem Ganztagschulsystem bis 15 Uhr und dazu, dass Schulnoten über die weiterführende Schulart entscheiden. Wie in allen vorangegangenen Befragungen spricht sich auch im ifo Bildungsbarometer 2017 eine leichte relative Mehrheit gegen herkömmliche Studiengebühren aus, gleichzeitig ist aber eine deutliche absolute Mehrheit für nachgelagerte Studiengebühren.

Auch in der diesjährigen Befragung wurde wieder anhand von Survey-Experimenten untersucht, wie die Bereitstellung bestimmter Informationen die bildungspolitische Meinung der Deutschen beeinflusst. Im Einklang mit den Ergebnissen der Vorjahre sinkt etwa die Zustimmung zu Ausgabenerhöhungen für Schulen, wenn über das derzeitige Ausgabenniveau informiert wird. In ähnlicher Weise verringert die Information zu kostengleichen Alternativen die Zustimmung zu kleineren Klassen, erhöht Information über Durchschnittsverdienste nach Bildungsabschlüssen die Akzeptanz von Studiengebühren und steigert Information über

Bildungsungleichheit das Problembewusstsein zur Chancengleichheit sowie die Zustimmung zu einer Kindertagespflicht. Im Gegensatz dazu tragen Informationen über die Kosten eines Studiums nicht zur Verringerung der Unterschiede in den Bildungsaspirationen zwischen Personen mit und ohne Hochschulabschluss bei. In einer Wiederbefragung konnten wir belegen, dass die Informationseffekte auf die Meinungen zu Studiengebühren, Chancengleichheit und Kindertagespflicht auch nach mehreren Wochen noch wirken. Insgesamt zeigt das ifo Bildungsbarometer deutlich, dass die Bereitstellung bestimmter Informationen bildungspolitische Meinungen verändern kann.

## LITERATUR

Akerman, A., I. Gaarder und M. Mogstad (2015), »The skill complementarity of broadband internet«, *Quarterly Journal of Economics* 130(4), 1781–1824.

Aktionsrat Bildung (2017), *Bildung 2030 – veränderte Welt. Fragen an die Bildungspolitik*, Waxmann, Münster.

Autor, D.H., F. Levy und R.J. Murnane (2003), »The skill content of recent technological change: An empirical exploration«, *Quarterly Journal of Economics* 118(4), 1279–1333.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016), *Bildung in Deutschland 2016 – Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*, Bertelsmann Verlag, Bielefeld.

Bauernschuster, St., O. Falck und L. Wößmann (2014), »Surfing alone? The internet and social capital: Evidence from an unforeseeable technological mistake«, *Journal of Public Economics* 117, 73–89.

BMBF (2016a), *Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft. Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung*, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin.

BMBF (2016b), *Digitale Medien in der beruflichen Bildung. Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung*, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin.

Bonin, H., T. Gregory und U. Zierahn (2015), »Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland«, Kurzexpertise Nr. 57 an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim.

Bulman, G. und R.W. Fairlie (2016), »Technology and education: Computers, software, and the internet«, in: E.A. Hanushek, S. Machin und L. Wößmann (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 5, North Holland, Amsterdam, 239–280.

Brücker, H., N. Rother, J. Schupp et al. (2016), »IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration«, *IAB-Kurzbericht* 24, 1–16.

Cornelissen, T., C. Dustmann, A. Raute und U. Schönberg (2017), »Who benefits from universal child care? Estimating marginal returns to early child care attendance«, *Journal of Political Economy*, im Erscheinen.

Czernich, N., O. Falck, T. Kretschmer und L. Wößmann (2011), »Broadband infrastructure and economic growth«, *Economic Journal* 121(552), 505–532.

Falck, O., C. Mang und L. Wößmann (2017), »Virtually no effect? Different uses of classroom computers and their effect on student achievement«, *Oxford Bulletin of Economics and Statistics*, im Erscheinen.

Frey, C. B. und M. A. Osborne (2017), »The future of employment: How susceptible are jobs to computerisation?«, *Technological Forecasting & Social Change* 114, 254–280.

Schmid, U., L. Goertz und J. Behrens (2016), *Monitor digitale Bildung. Berufliche Ausbildung im digitalen Zeitalter*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Statistisches Bundesamt (2014), *Finanzen und Steuern: Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte 2011*, Fachserie 14, Reihe 3.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2017), *Bildungsausgaben: Ausgaben je Schülerin und Schüler 2014*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016), *Mehr Transparenz in der Bildungspolitik*, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2014), »Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers«, *ifo Schnelldienst* 67(18), 16–33.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler, L. Oestreich und K. Werner (2015), »Deutsche sind zu grundlegenden Bildungsreformen bereit – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2015«, *ifo Schnelldienst* 68(17), 29–50.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2016a), »Denken Lehrkräfte anders über die Bildungspolitik als die Gesamtbevölkerung? Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2016«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 19–34.

Wößmann, L., P. Lergetporer, F. Kugler und K. Werner (2016b), »Bildungsmaßnahmen zur Integration der Flüchtlinge – Was die Deutschen befürworten«, *ifo Schnelldienst* 69(17), 35–43.